



Der Prekarität den Krieg erklärt Kündigungsschutz & Unruhe in Frankreich

Die DGB-Gewerkschaften scheinen unter der Großen Koalition aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht, denn seit Anfang des Jahres machen sie mit mehreren Streiks wieder von sich reden. Vor diesem Hintergrund drohte DGB-Chef Sommer Ende März mit „französischen Zuständen“, falls CDU & SPD ihre Pläne zur Ausweitung der „Wartzeit“ auf 24 Monate umsetzen.

Unter dem Motto „Kündigungsschutz weiterentwickeln“ soll das Kündigungsschutzgesetz für Neu-Eingestellte erst nach zwei, statt bisher einem halben Jahr wirksam werden. In dieser „Wartzeit“ wäre bei einer Kündigung keine Begründung anzugeben, womit der Rechtsweg für Entlassene erheb-

lich steiniger wird. Gleichzeitig sollen „grundlos befristete Arbeitsverträge“ abgeschafft werden. Von der Ausweitung der kündigungsschutz-freien Zone erhoffen sich die Regierungsparteien angeblich vermehrte Einstellungen in unbefristeten Arbeitsverhältnissen.

Ganz ähnlich reden und handeln die Vertreter der französischen Regierungspartei UMP: Der jüngste Streich war die Verabschiedung des „Ersteinstellungsvertrags“ (CPE) Anfang März 2006, demzufolge Jugendliche bis 26 Jahre in den ersten zwei Beschäftigungsjahren ohne Begründung ge-

feuert werden können. Offiziell nennt man das „Periode der Konsolidierung des Beschäftigtenverhältnisses“, während der keine Sozialabgaben erhoben werden. Damit wolle die konservative Regierung der bei 40 Prozent liegenden Jugendarbeitslosigkeit begegnen und also auch auf die Vorstadt-Riots vom November 2005 reagieren. Angesichts der erstaunlichen Parallelen zwischen politischen Projekten verschiedener europäischer Staaten (ähnliche Vorhaben soll es neben Deutschland auch in Schweden, Spanien und den Niederlanden geben), bescheinigte Sommer (DGB) der Bewegung jenseits des Rheins eine „große Signalwirkung“. Immerhin hatte es bereits Anfang Februar, vier Wochen nach der Präsentation des Gesetzesvorhabens erste Proteste

gegeben: Ausgehend von Studierendengewerkschaften und Basisstrukturen (sog. *Coordinations*) an den Unis in Rennes und Poitiers, waren am 7. Februar 2006 landesweit 400.000 Menschen gegen den CPE auf die Straße gegangen.

...Fortsetzung auf Seite 22...

Hörsaal künftig überwacht

Im Zuge des Umbaus plant die Universität Leipzig nun auch, die Hörsäle mit Videokameras zu überwachen. Bisher gab es Kameras im Außenbereich auf dem Innenstadtcampus, in den Cafeterien, Mensen, dem Rektorat und im Rechenzentrum. Diese weitere Ausweitung der Technik auf den Raum der Wissensvermittlung könnte sogar Tonaufnahmen ermöglichen. Genauere Informationen hält die Universität jedoch trotz mehrerer Anfragen zurück.

Laut Thomas Braatz, dem Datenschutzbeauftragten der Universität, diene die Videoüberwachung der besseren Kommunikation zwischen Lehrenden und Hausmeister, wenn etwa Probleme mit der Technik auftreten. Außerdem könne sich das Personal einen Rundgang durch das Gebäude sparen, um zu schauen, ob das Licht aus ist. In dem Papier „Ordnung zur Errichtung und zum Betrieb von Einrichtungen zur Videoüberwachung“ heißt es, dass Videoüberwachung u.a. eingesetzt werden darf, um „Dienstabläufe effizienter verfolgen zu können.“

...Fortsetzung auf Seite 3...



DIE FREIHEIT NEHM ICH MIR!

„Freiräume nutzen, Visionen entwickeln, Selbstverwirklichung leben. Wir wissen nicht, wie Sie das nennen – wir in Leipzig nennen es „Leipziger Freiheit“! Und meinen damit das beflügelnde Lebensgefühl, das wir mit der gleichnamigen Imagekampagne in die Welt hinaustragen.“ So blumig umschreibt die Marketing Leipzig GmbH ihr Bild von Leipzig. Nicht, dass das was zu sagen hätte – für so was werden die Werbefritzen schließlich bezahlt. Der eigentliche Zweck der Kampagne ist ohnehin klar: Standortmarketing. „Potenzielle Investoren, junge Eliten und Existenzgründer“ will man ansprechen. Die „Freiheit“, um die es geht, ist letztlich bloß die Freiheit zu kaufen und zu verkaufen. Und das ist keine Freiheit, sondern nur der stinknormale alltägliche Verwertungszwang. Die, die nichts zu verkaufen haben, noch nicht mal mehr die eigene Arbeitskraft, und sich deswegen auch nix kaufen können, haben eben Pech gehabt.

Das ist auch der Haken an der „Leipziger Freiheit“: Aus eben dem Grund, aus dem man solche hirnrissigen Kampagnen initiiert, wird die Freiheit derer, die beim allgemeinen sinn- und zweckfreien Produzieren und Konsumieren nicht mittun (können oder wollen), zusehends eingeschränkt. Egal, ob Obdachlose aus dem Leipziger Hauptbahnhof und den schicken Einkaufspassagen vertrieben oder jugendliche Sprayer mit horrenden Geldstrafen bedroht werden – es gilt: Wer am sauberen Image kratzt, fliegt raus! Tolle Freiheit...

Vielleicht sollte man die „Leipziger Freiheit“ auch einfach beim Wort nehmen und ernst machen mit dem, was man uns weismachen will: Freiräume schaffen, Utopien entwickeln und Selbstverwirklichung jenseits der Konkurrenz zu leben versuchen. Das wäre zumindest mal ein guter Anfang.

Das Letzte, was zu schreiben bleibt, ist meist das Editorial. Zu diesem Zeitpunkt weiß man dann vieles besser als vorher; zum Beispiel, dass man heutzutage wohl doch flexibel sein muss, zumindest was die Seitenzahl angeht (S. 12-15); dass man trotzdem mit der Entwicklung der Dinge nicht immer Schritt halten kann (S. 11). Andere Sachen wiederum gehen beschaulicher vor sich: so hat *Feierabend!* seit Anfang des Jahres eine neue Postadresse in der Gießestr. 16 (04229) ...

Ganz in unserer Verantwortung liegen hingegen die Homepage und der Schwerpunkt „Macht und Freiheit“. ... An der neuen Internetseite basteln wir schon, daher wird die alte nicht mehr aktualisiert. Der Schwerpunkt allerdings zeigte sich widerspenstig ebenso wie unsere Zeitkapazitäten. Daher gibt es auch keinen Redaktionstext zum Thema, sondern „nur“ Beiträge die sich mal mehr mal weniger damit beschäftigen. Bei der Durchsicht unserer alten Ausgaben fiel uns sowieso auf, dass die meisten Texte im Spannungsfeld zwischen „Macht und Freiheit“ liegen. Der nächste Schwerpunkt ist deshalb auch wieder konkreter... ob uns das gelungen ist? Urteilt selbst (S. 29) und teilt euch mit! Ansonsten erstmal viel Spaß beim Schmökern.

Eure unterbesetzte *Feierabend!*-Redaktion

editorial
Feierabend!

27.-30.04. Lpz, Gießestr. 16
Gieszerfestival No 8

12.05. ab 20 Uhr Zoro, Lpz
Liberterz - Benefiz
Film, Theater, Bands

18.-21.05.
GIRO Zwenkauer Str., Lpz
**workshop: „Camps,
Kongresse, Konferenzen -
große Treffen ohne
Hierarchien“**
von Projektwerkstatt Gießen

19.-21.05. Berlin, Mehbringhof
Linke Buchtage

Naziaufmarsch am 1.Mai – Blockadendualismus?



Nix neues im Mai: Die Nazi-Kameraden Christian Worch und Steffen Hupka haben diesmal gleich zwei Routen (zumindest) angemeldet, zu denen sie im Umfeld der „freien“ Kameradschaften mobilisieren: Ein Trupp soll vom Hauptbahnhof über die Karli und einer vom Ostplatz über die Arthur-Hoffmann-Strasse zum „chaotischen“ Connewitzer Kreuz vordringen. Dass die NPD nach Rostock mobilisiert, wo der Landtagswahlkampf mit einer großen Nazi-Demo eingeläutet werden soll, lässt Worch spekulieren, auf weniger Widerstand zu stoßen.

Ein antifaschistisches Bündnis (u. a. www.ig30.fateback.com) schlägt vor, gegen die Verhältnisse aufzustehen – in einem linksradikalen Block auf der 1.Mai-Demo um 10 am Kreuz – und dann ab 12 am Bahnhof bzw. Ostplatz gegen die Nazis sitzenzubleiben. „Mobilisierungsteams“ sollen die Koordination erleichtern. Das vorbereitende Bündnistreffen findet für alle Interessierte jeden Dienstag 19 Uhr im linxxnet statt. Von anderen Organisationen sind wieder Veranstaltungen am Augustus-, List-, Ost- und am Bayrischem Platz sowie vor dem Volkshaus in Planung. Am Vorabend gibt es auch wieder das „Rock am Kreuz“. Wichtig wird also sein, sich auf dem Laufenden zu halten und im richtigen Moment zu verharren – doppelt hält besser!

RABE

Feierabend! ist ein unkommerzielles Zeitungsprojekt mit dem Ziel der Verbreitung libertärer, anti-autoritärer & emanzipatorischer Ideen, der Darstellung von Sachverhalten, die in der kommerziellen Presse oft unzureichend, verzerrt oder gar nicht erwähnt werden, sowie der Beleuchtung von Themen, die uns interessant und wichtig erscheinen. Der Verkaufspreis von derzeit einem Euro dient einzig dem Begleichen der Kosten zur Erstellung des Heftes. Alle inhaltlich an der Erstellung des Heftes Beteiligten arbeiten als ÜberzeugungstätInnen ohne Bezahlung.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist *Feierabend!* solange Eigentum des Absenders bis er der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist er dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

...Fortsetzung von Seite 1...

Hörsaal zukünftig überwacht Studierende werden aktiv

Dieser vermeintliche Nutzen steht in keinem Verhältnis zu diesen Maßnahmen. Zum einen kosten die Kameras viel Geld, welches der Uni dann an anderer Stelle fehlt. Was aber schwerer wiegt ist der Angriff auf elementare Grundrechte, der damit einhergeht.

Ein solcher Umgang mit den persönlichen Freiheitsrechten der Studierenden und Lehrenden ist empörend! Hier wird massiv in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingegriffen. Auch die Freiheit von Forschung und Lehre wird damit massiv beeinträchtigt. Anwesenheit in und Beteiligung an Veranstaltungen kann damit überprüft werden. Die Daten werden einen Monat lang gespeichert. Für Studierende und Lehrende hieße das permanente Überwachung! Und allein das Wissen, dass man möglicherweise überwacht werden könnte, reicht ja bekanntlich oft aus, sich angepasst und konform zu verhalten.

Doch über diesen grundlegenden Eingriff hinaus, bietet die Verordnung zur Video-

überwachung auch noch Lücken für gefährlichen Missbrauch. Denn sie regelt nicht einmal, wer die Aufnahmen zum Zwecke der effizienteren Gestaltung der Dienstabläufe alles anschauen darf. Geschieht ein Unglücksfall dürfen nur fünf Personen die Aufnahmen auswerten. Für den „Normalfall“ gibt es eine solche Beschränkung nicht. Auch die technische Nachrüstung der Kameras – beispielsweise mit einer Software zur Gesichtserkennung ist nur dann verboten, wenn der Zweck der Nachrüstung die Leistungsevaluation der Lehrenden ist. Für Studierende gibt es eine solche Regelung nicht. Es ist also davon auszugehen, dass bald auch Anwesenheitskontrollen oder Ordnungsmaßnahmen durch die Kameras „effizienter“ durchgeführt werden können. Der „gläserne Student“ ist keine Zukunftsmusik!

Dagegen machen die Studierenden nun mobil. Die Initiative „AntiKa“ (Gruppe überwachungskritischer Studierender) organisiert in Zusammenarbeit mit dem StuRa



die Kampagne „Smash Surveillance“, um die Kameras zu verhindern und die Sensibilität für Freiheitsrechte zu erhöhen.

Den Auftakt bildet eine Podiumsdiskussion mit Dr. Rebecca Pates (Institut für Politikwissenschaft), Thomas Braatz (Datenschutzbeauftragter der Universität) und Hannes Delto (Stura-Sprecher). Angefragt sind auch AktivistInnen von anderen Universitäten, sowie der Kanzler der Universität Leipzig, Frank Nolden, als Verantwortlicher für die geplante Überwachung.

AntiKa

Podiumsdiskussion 24. 04. um 19.00 Uhr
in der Moritzbastei
Moderation übernimmt Peter Ullrich
(Gruppe „Leipziger Kamera“, ZHS).



Am 10. April 2006 jährt sich zum zehnten Mal der Start des Pilotprojekts zur polizeilichen Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze. Leipzig gilt als Modell und Wegbereiter der dauerhaften Videoüberwachung öffentlicher Plätze in der BRD. Heute stehen der Polizei vier Kamerastandorte zur Verfügung, an denen sie seit Neuestem nicht nur beobachtet, sondern auch aufzeichnet. Das Leipziger Modell wurde bis heute von mindestens 26 deutschen Städten mit insgesamt 94 Kameras übernommen. Während der diesjährigen Fußballweltmeisterschaft ist mit noch mehr Videoüberwachung zu rechnen. Sicherheitshysterie, Imagepolitik, Populismus, die Sehnsucht

10 Jahre sind genug!

Schluss mit der polizeilichen Videoüberwachung öffentlicher Plätze

nach sozialer Ordnung und staatliche Allmachtsphantasien treiben die Ausweitung polizeilicher Vollmachten stetig voran. Der Kameraeinsatz ist gepaart mit einem Einsatzkonzept der Polizei, des Ordnungsamtes und der Bundespolizei, das die Verdrängung missliebiger sozialer Gruppen aus der Innenstadt zum Ziel hat. Seine Entsprechung findet dies in einem allgemeinen Sicherheitsdiskurs, der zunehmend auf Repression und Verdrängung setzt. Dieser Diskurs betrachtet Sicherheit als Standortfaktor. Im Interesse der Kommunalpolitiker, der Einzelhändler und Sicherheitsbehörden soll alles unsichtbar gemacht werden, was potentielle Investoren abschreckt und den touristischen

Blick stört. Nicht nur hier in Leipzig bildet sich eine neue soziale Apartheid heraus, von der vor allem Obdachlose, DrogennutzerInnen, Jugendliche und MigrantInnen betroffen sind. Armut soll unsichtbar gemacht werden. Letztendlich stehen aber alle unter ständigem Verdacht. Für jene, die sich anpassen, bedeutet das „nur“ Überwachung. Für jene, die aus freiem Willen oder Zwang dem Muster weißer MittelstandskonsumentInnen nicht entsprechen, bedeutet es auch Vertreibung und Strafe.

Mehr Informationen & das ganze Programm: <http://leipzigerkamera.twoday.net>

Gruppe „Leipziger Kamera“

Wir fordern ein Recht auf den Gebrauch von Stadt für alle!
Wir fordern soziale Lösungen, statt den Ausbau der Überwachung!
Wir fordern ein Recht auf abweichende Lebensentwürfe!
Wir fordern Schluss mit der polizeilichen Videoüberwachung öffentlicher Plätze!

Wir kriegen nur, was wir erkämpfen

Praktische Solidarität mit MigrantInnen in Leipzig und Dresden

Sommer 2000: AsylbewerberInnen in Wohnheimen in Leipzig und Umgebung (1) streikten mehrere Wochen für bessere Lebensbedingungen: Alle Beteiligten verweigerten die Annahme der Gutscheine, Esspakete, Kantinenverpflegung, Taschengeld etc. und blockierten deren Auslieferung; Einige setzten die Nahrungsaufnahme ganz aus. Die Forderungen beschränkten sich nicht auf die Frage „Geld statt Sachleistun-

man Dinge, die man gar nicht bestellt hat, dafür fehlen bestellte Lebensmittel, oder die Lieferung kommt erst das nächste Mal. Das, was geliefert wird, ist auch mal über dem Mindesthaltbarkeitsdatum oder Tiefkühlprodukte sind schon angetaut, ... nix da mit normalen Kundenrechten.

Die gesetzliche Regelung sieht vor, dass die betroffenen MigrantInnen auch Bargeld ausgezahlt bekommen *können*. Die Formu-

werber übernimmt oder dass die Versorgung viel teurer als die Bargeldversorgung kommt. Diese Spielräume werden von den einzelnen Verwaltungen unterschiedlich genutzt. (5) Laut Georg Classen vom Flüchtlingsrat Berlin, wird das Sachleistungsprinzip nur noch in drei Ländern konsequent angewendet: Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg.

Um diesen Zuständen praktisch etwas entgegen zu setzen, hat sich in Leipzig die Umtauschinitiative „anders einkaufen“ gegründet. Die Idee ist so simpel wie nahe liegend: diejenigen, die von dieser Regelung nicht betroffen sind, bestellen anstatt der MigrantInnen und bezahlen diese mit Bargeld. Für die Einen eine andere Art zu shoppen, für die Anderen eine Möglichkeit an Bargeld zu kommen.

Die Initiative, noch in den Kinderschuhen, auf Anregung der MigrantInnen selbst und mit Unterstützung der FAU Leipzig entstanden, sammelt einzelne Bestellungen und ab einem Gesamtbestellwert von 100 Euro werden diese bei den sich beteiligenden AsylbewerberInnen in den Heimen aufgegeben.

Bewusst haben wir uns schon vor den ersten Bestellungen dafür entschieden, diese unsererseits kollektiv zu gestalten. Gemeinsam macht es sowieso mehr Spaß, die

Der **rechtliche Hintergrund** für die Versorgung durch Kataloge oder Pakete ist das Asylbewerberleistungsgesetz (AbLG) und das dort verankerte „Sachleistungsprinzip“. Paragraph 3 des Gesetzes:

„(1) Der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts wird durch Sachleistungen gedeckt.

(2) Bei einer Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen im Sinne des § 44 des Asylverfahrensgesetzes können, soweit es nach den Umständen erforderlich ist, anstelle von vorrangig zu gewährenden Sachleistungen nach Absatz 1 Satz 1 Leistungen in Form von Wertgutscheinen, von anderen vergleichbaren unbaren Abrechnungen oder von Geldleistungen im gleichen Wert gewährt werden.“

www.gesetze-im-internet.de/asylblg/index.html

gen“, sondern thematisierten an erster Stelle Arbeitsverbot und Residenzpflicht, sowie die allgemeinen Wohn- und Lebensbedingungen in den Heimen.

Das Ergebnis: Aufgrund der Streiks und Aktionen der MigrantInnen beschließt die Stadt Leipzig, denjenigen unter ihnen, die länger als drei Jahre im Asylverfahren sind, Bargeld auszus zahlen.

Frühjahr 2006: Noch immer erhalten alle Flüchtlinge (2) in Leipzig, die weniger als drei Jahre in der BRD leben oder eine „Duldung“ haben – deren Asylantrag also abgelehnt wurde, aber die Ausweisung nicht vollstreckt werden kann – kein Bargeld (3) für Nahrungsmittel, sondern müssen weiterhin Esspakete aus einem Katalog beziehen. (4) Dieser hat etwa den Umfang eines besseren Tante-Emma-Ladens. Bestellt werden kann zwei Mal wöchentlich für bis zu 130 Euro pro Person und Monat, ins Asylbewerberheim kommen die Sachen ein bis zwei Wochen später. Manchmal erhält

lieger „nach den Umständen erforderlich“ eröffnet hier Spielräume. So kann zu den besonderen Umständen gehören, dass sich die Stadt entscheidet, von Gemeinschaftsunterkünften abzusehen oder sich kein Anbieter findet, der die Versorgung der Asylbe-



Einkaufen so oder mal anders?

Wie kaufe ich „anders“ ein?

Grundlage der Bestellung ist, wie für die Menschen im Heim auch, ein vorgegebener Katalog. Diesen kann man in der „Libelle“ einsehen oder sich per e-mail zuschicken lassen.

Die ausgewählten Produkte trägt man in eine Bestellvorlage (in der „Libelle“ oder per mail) ein, errechnet automatisch den Gesamtbetrag, bezahlt diesen, wenn möglich im Voraus und informiert sich, wann die nächste Bestellung ins Heim geht und von dort ankommt. Wenn die Lieferung da ist, kann sie in der „Libelle“ abgeholt werden. Wann das jeweils genau ist, erfährt ihr ebenfalls per mail kurz vorher.

Vielleicht kocht man dann noch was zusammen, tauscht sich aus und kommt bald wieder... Zu erreichen ist die Initiative unter der Adresse: **anders_einkaufen@no-log.org** und **mittwochs zwischen 17-18 Uhr oder nach Absprache in der Libelle, Kolonnenstrasse 19 in Leipzig.**

Bestellsummen der Einzelnen halten sich in Grenzen und nicht nur nebenbei geht es auch darum, durch gegenseitiges Kennenlernen die soziale Isolation durch die Heimunterkünfte zu durchbrechen, miteinander in Kontakt zu kommen, andere Kulturen und Sprachen kennenzulernen...

Der aufmerksame Leser erahnt an dieser Stelle schon, dass sich hier eine Unmenge von Möglichkeiten ergeben, sich kreativ und praktisch einzubringen, etwa beim Erstellen der Gesamtbestellungen, beim Kontakt zu den HeimbewohnerInnen, dem Transport der Lebensmittel etc.

Gesucht werden daher vor allem Menschen, die sich auf beiden Seiten an dem *anderen Einkaufsbeteiligten*.

Wer also mit einkaufen oder sein Paket in Bargeld verwandeln will, melde sich bitte. Schön wäre es, durch regelmäßige Bestellungen unsererseits (z.B. einmal im Monat die WG-Grundausstattung) und eingespielte „LieferantInnen“ aus den Heimen eine gewisse Kontinuität zu schaffen.

In Dresden setzt sich ebenfalls seit Anfang des Jahres die „Kampagne gegen Ausgrenzung“ für Bargeldauszahlung an die ca. 200 in Dresden von der Esspaketregelung betroffenen AsylbewerberInnen ein.

Unter dem Motto „Bargeld sofort!“ versucht sie auf Stadt- und Landesebene Druck auf die Verantwortlichen auszuüben.

Aufgrund der bekannten Behäbigkeit von Behörden und Politik und weil auch in Dresden „sofort“ manchmal länger dauert (6), übernehmen die Beteiligten der Kampagne bis dahin individuell Paketpatenschaften und helfen so, ähnlich wie in Leipzig, den MigrantInnen einfach einkaufen gehen zu können wie andere Menschen auch.

Kontaktiert werden können die Dresdner über: <http://www.gegen-ausgrenzung.de>.

Insgesamt sind AsylbewerberInnen in der BRD also nach wie vor einer Vielzahl von Einschränkungen und Diskriminierungen ausgesetzt. Dass sie nicht wie andere Leute auch entscheiden können, was sie es-

sen, ist nur ein Teil davon. Daran etwas zu ändern, liegt an uns allen.

hannah

(1) In Leipzig alle drei Heime (Lilienstraße, Torgauerstraße, Wodanstraße), Taucha, Markleeberg, Doberschütz und Bahren.

(2) Hauptsächlich aus dem Irak, Iran, Afghanistan, der Türkei, Marokko und Südosteuropa.

(3) Bares gibt es lediglich in Form von schnell ausgegebenen 10-40 Euro Taschengeld pro Monat und Person.

(4) Menschen, die eine Duldung erhalten haben, müssen bis auf Ausnahmen in den Heimen wohnen bleiben, teils bis zu über zehn Jahre.

(5) Zum Beispiel Erfurt: Zwar werden auch in Thüringen in den meisten Kommunen Gutscheine oder Sachleistungen ausgegeben. In Erfurt ermöglicht die Stadt jedoch einem großen Teil der Asylbewerber, in normalen Wohnungen zu leben statt in Heimen. Und: Außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte gilt das Sachleistungsprinzip laut Gesetz gar nicht: Also bekommen sie Bargeld.

(6) In Dresden gibt es seit 2002 Verhandlungen über die Umstellung vom Katalogsystem auf Chipkarten. Die Karten werden vom Sozialamt mit einem bestimmten Betrag aufgeladen und die MigrantInnen können in teilnehmenden Geschäften damit an der Kasse zahlen. Inzwischen ist das neue System genehmigt, wird aber noch nicht angewendet. Die Einführung des Chipkartensystems ist mit einem enormen organisatorischen und finanziellen Aufwand verbunden. Für ca. 200 Betroffene müssen Chipkarten hergestellt, Läden als Partner gefunden und ein aufwendiges Abrechnungssystem durch den Chipkartenanbieter geschaffen werden.

LIBERTERZ im
 Benefiz für libertäre Projekte in Leipzig
20h # Film
durruti in der spanischen Revolution
 (erstmalig mit deutschsprachigen Untertiteln)
Theater
Oblomovs Erben (Uraufführung)
22h
ALLIANCE
 (hardcore, berlin)
THE FINE PRINT
 (skatepunk, regensburg)
HIDDEN IN A BOX
 (emopunk, leipzig)
DUSK LIKE FIRE
 (punkrock, regensburg)

ORO

Anzeige

Militarisierung vor der Haustür

Die ig30 (Ex- „Initiativgruppe 3. Oktober“)* beschäftigt sich seit einiger Zeit u.a. mit dem Leipziger Flughafen, denn dieser wird momentan auch für die militärische Nutzung ausgebaut. Welche Pläne derzeit in BRD und EU umgesetzt werden und welche Rolle Leipzig bei der zunehmenden Militarisierung einnimmt, soll das folgende Interview beleuchten. Dieses Tonbandinterview mit M. und L. aus der ig30 wurde im gegenseitigen Einvernehmen im Nachhinein der Schriftsprache angenähert.

?: *Warum ist der Leipziger Flughafen für euch derzeitig Thema?*

L: Der Flughafen Leipzig/Halle wird gerade ausgebaut, es entsteht eine neue Landebahn mit dem Ziel, dort ein Luftdrehkreuz einzurichten. Zum einen für DHL (1), zum anderen ist es aber auch so, dass sich die NATO an diesem Flughafen beteiligen möchte, indem sie Charterflugzeuge dort stationiert.

?: *Was für Pläne hat die NATO da genau?*

L: Die NATO hat einen Chartervertrag mit einem russisch/ukrainischen Transportunternehmen über das Chartern von Großraum-Transport-Flugzeugen abgeschlossen. Es geht da insgesamt um sechs Antonov 124-Maschinen, die ab Herbst diesen Jahres zur Verfügung stehen sollen. Zwei davon werden permanent in Leipzig stehen und vier weitere stehen dann an den Heimatflughäfen Kiew und Uljanowsk.

?: *Sollen die „Antonovs“ in Leipzig auch für militärische Einsätze verwendet werden?*

L: Das ist quasi das Hauptproblem. Sie sind hier stationiert und sie stehen eben für militärische Zwecke zur Verfügung. Es wird auch ein Teil des Flughafens für diese Flieger und die Abfertigung reserviert sein. Und wir können dann damit rechnen, dass hier Kriegsgüter verladen werden.

M: Und die Antonovs sollen auch

innerhalb von 72 Stunden einsatzbereit sein, um so ein schnelles „Eingreifen“ weltweit zu ermöglichen.

?: *Mit welchem Hintergrund wird gerade jetzt in der Gegend aufgerüstet?*

L: Der Hintergrund ist, dass bereits im Jahr 2000 bei der NATO-Tagung in Prag beschlossen wurde, den strategischen Transportbedarf der NATO-Staaten bis 2012 sicherzustellen, weil die europäischen NATO-Staaten für Auslandseinsätze bisher keine Lufttransportkapazitäten haben. Bisher lief fast alles über Seetransporte, aber in neueren Kriegen „braucht“ man Lufttransporte. Und von den NATO-Staaten haben ausschließlich die USA Lufttransportkapazitäten für militärische Zwecke. Erst ab 2012 wird zusätzlich der neue Militär-Airbus A400 M zur Verfügung stehen, und bis dahin muss sich die NATO eben mit Charterflügen behelfen. Es geht eben um die militärische Ausrüstung.

?: *Wogegen richtet sich eure Kritik speziell?*

L: Unsere Kritik richtet sich in erster Linie gegen den Ausbau militärischer Kapazitäten. Also das ist halt ein Fall, wo Aufrüstungspolitik konkret vor unserer Haustür stattfindet, und das hat irgendwie noch niemand so richtig mitbekommen.

Es gibt jetzt erste Reaktionen von Gruppen, die ganz verblüfft sind, dass es in Leipzig bzw. Schkeuditz bald ein NATO-Drehkreuz für internationale Einsätze und wahrscheinlich auch für neue Angriffskriege geben wird. Und das ist ein Punkt, wo man die europäische Aufrüstungspolitik bzw. die NATO-Rüstungspolitik kritisieren kann. Zumal diese Transportkapazitäten hauptsächlich für die europäischen Staaten zur Verfügung stehen und auch von EU-Projekten genutzt werden können. Es werden gerade schnelle Eingreiftruppen – sowohl in

NATO-Strukturen als auch in EU-Strukturen – geplant, bei der NATO die „Rapid Reaction Force“ und bei der EU die „Battle Groups“. Die „Battle Groups“ sollen bis 2007 aufgestellt sein. Das passt genau in diesen Zeitplan, wenn Ende Oktober die ersten Flieger hier stationiert werden können. Es ist auch so, dass die Bundesrepublik dieses Projekt unter ihrer Führung ausgearbeitet hat und im Prinzip diejenige ist, die es am stärksten vorangetrieben hat.

M: Zumal sich die BRD damit ein dauerhaftes Zugriffsrecht auf die Flugzeuge sichert, denn bisher musste sie alle Maschinen einzeln chartern, um zum Beispiel nach Afghanistan fliegen zu können, und jetzt stehen die hier bereit. Deutschland will auch 20 Millionen Euro im Jahr zahlen, um dann permanent auf sie zugreifen zu können.

L: Die Bundesrepublik bringt so die größte Summe für die Charterflugzeuge auf und hat dann auch die größten Nutzungsrechte.

M: Da kann man dann nicht nur die EU und die NATO, sondern auch die Rolle Deutschlands kritisieren.

Ja wir denken, dass das viele Gruppen interessieren könnte, und dass man da eventuell was zusammen machen könnte. Während es bei DHL eher zweifelhaft ist, ob das andere Gruppen so interessiert.

?: *Gibt es denn von eurer Seite aus auch Kritik am Flughafenbau wegen des DHL Drehkreuzes?*

M: Das ist eigentlich ganz interessant, auch wenn es jetzt für uns nicht so der Hauptanknüpfungspunkt ist. Aber wenn man sich mal anguckt, was die DHL dafür erhalten hat, dass sie sich hier überhaupt ansiedelt, ist das schon 'n ziemliches Ding. Der Flughafenbau kostet insgesamt ungefähr 380 Millionen Euro. Die DHL erhält zudem die Garantie für einen 24 Stundenbetrieb für die nächsten 30 Jahre. Und dann hat sie von der Landesregierung in Dresden noch



weitreichende Zusagen für eine noch bessere Anbindung des Airports an das Straßen- und Schienennetz erhalten. Das kostet ja auch wieder viel Kohle, die der Bund und das Land tragen werden. Zusätzlich bekommt sie noch Fördermittel über 70 Millionen Euro. Also, das ist schon fett. Und wenn man dann so guckt, was „wir“ dagegen von der DHL erhalten... Sie versprechen da 3500 direkte Arbeitsplätze und 7000 indirekte Arbeitsplätze im Umfeld, wobei es aber schon Studien gibt, die belegen, dass das völlig aus der Luft gegriffen ist. Vor allem, wenn man sich die Arbeitsplätze anschaut, die es beim DHL-Drehkreuz in Brüssel gibt: 50 Prozent der Arbeitnehmer arbeiten da auf Teilzeit für vier Stunden in der Nacht. Und auch der DHL-Postchef Klaus Zumwinkel hat ja auf die Frage der LVZ: „Gibt es einen Standortvorteil Ost?“ geantwortet: „Nüchtern betrachtet, der einzige und wesentliche sind die niedrigeren Löhne.“ Billigjobs halt.

?: *OK, ihr sagt ja, dass eure Stoßrichtung jetzt weniger DHL und die Arbeitsbedingungen bzw. Subventionen sind, sondern eher die NATO und Militäranutzung. Aber ist der Flughafenausbau für die DHL nicht auch für die NATO von Nutzen?*

L: Die DHL-Bedingungen sind natürlich vorteilhaft, weil irgendwann zwei Landebahnen fertig sind, die 24 Stunden am Tag genutzt werden können. Nachts fliegen zu können ist halt auch eine Voraussetzung für militärische Nutzung.

?: *Und bis wann soll alles fertiggestellt sein?*

M: Also das Drehkreuz soll Anfang 2008 eröffnet werden.

?: *Wem gehört eigentlich der Flughafen?*

M: Der Hauptanteilseigner am Flughafen ist mit 94% die *Mitteldeutsche Flughafen AG*, und da sind wiederum der Freistaat Sachsen mit ca. 73% und das Land Sachsen-Anhalt mit ca. 14% die Hauptanteilseigner. Ansonsten gibt es noch mehrere Städte und Landkreise, die direkt und indirekt Anteile besitzen: Dresden, Halle, Leipzig, der Land-

* Was ist eigentlich ig3o ?

Das Kürzel ig3o (Ex-„Initiativgruppe 3. Oktober“) bezieht sich auf die Entstehung der Gruppe im Vorfeld des Naziaufmarsches am 1.10.2005 in Leipzig. Akteure aus verschiedenen Zusammenhängen schlossen sich zu einem Bündnis zusammen, das zu einer Sitzblockade aufrief, um den Naziaufmarsch zu verhindern.

Nach gelungener Zusammenarbeit beschloss man, sich weiterer Themen wie dem Flughafenausbau oder den Kürzungen im Leipziger Haushalt anzunehmen. Mit dem Ziel, soziale und politische Prozesse zu kritisieren, zu verändern oder zu verhindern, konzentriert sich die ig3o zwar auf vor Ort greifbare Themen, organisierte aber auch eine Veranstaltungsreihe mit Podiumsdiskussion zum „bolivarianischen Prozess“ in Venezuela und beteiligte sich an der Demo „Bewegungsfreiheit für Alle. Festung Europa niederreißen“. Ungern würde sie „als die Gruppe, die nur dafür zuständig ist, Naziaufmärsche zu verhindern“, wahrgenommen werden. Dennoch beschäftigt sie sich momentan wieder damit, diesmal zum 1. Mai, wo es erneut ein Bündnis und zentrale Gegenaktivitäten gibt, um den Marsch der Rechten zu stoppen. Die ig3o versteht sich als antikapitalistisch und internationalistisch, sucht zudem immer noch einen Namen und würde gern mehr als acht Leute werden. Homepage: <http://ig3o.fateback.com>

kreis Delitzsch, Leipziger Land, die Stadt Schkeuditz. Im Prinzip ist der Flughafen ein Unternehmen der öffentlichen Hand, kein Privatunternehmen.

?: *Gibt es denn schon Gruppen außer euch, die sich mit dem Flughafen beschäftigen?*

M: Es gibt die IG Nachtflugverbot, die ist vor allem in den betroffenen Dörfern organisiert. Ihre Kritik richtet sich hauptsächlich gegen den Nachtfluglärm, und sie fordert ein Flugverbot von sechs Stunden in der Nacht. Einzelne Mitglieder haben jetzt aber auch die militärische Nutzung ins Blickfeld genommen, richten sich auch dagegen und hatten eine Veranstaltung mit Monika Runge von der PDS zur militärischen Nutzung organisiert.

?: *Und arbeitet ihr mit denen zusammen?*

L: Wir versuchen momentan noch Kontakt aufzunehmen. Das ist nicht ganz so einfach. Das sind alles Leute von den Dörfern aus der Einflugschneise, wir sind hier alle in der Stadt irgendwie, da ist es schwierig was zusammen zu machen, zumal sie auch eine andere Stoßrichtung und andere Aktionsformen haben.

?: *Und was plant ihr jetzt konkret, oder was ist euer Wunsch was passieren sollte und was man machen könnte?*

M: Der erste Schritt ist erst mal informieren, weil man immer wieder hört, dass die Leute das einfach nicht wissen. Schön wäre auch, ein Bündnis von verschiedenen Leipziger Gruppen auf die Beine zu stellen

L: Es ist auch sehr schwierig, wirklich was effektiv dagegen zu machen und das in irgendeiner Weise zu verhindern. Die IG Nachtflugverbot versucht das Ganze auf dem juristischen Weg zu machen, was auch nicht so sehr aussichtsreich erscheint. Es würde aber die militärischen Pläne zunichte machen, wenn es ein Nachtflugverbot gäbe, was sehr erfreulich wäre. Aber es ist bisher nicht gesagt, dass es soweit kommt.

M: Die IG Nachtflugverbot klagt ja hier vor dem Bundesverwaltungsgericht, und im Sommer müsste es da eine Entscheidung geben.



?: Ja genau, was sind denn so die nächsten Termine, wo man dann Anknüpfungspunkte finden könnte?

M: Das ist das Schwierige, denn irgendwie ist ja alles entschieden, bis auf die eine Klage vor'm Bundesverwaltungsgericht. Was die IG Nachtflugverbot zusätzlich überlegt, ist konkret gegen die militärische Nutzung zu klagen.

L: Die gehen beide Wege. Was sie tatsächlich machen, ist gegen die Stationierung der Militärflugzeuge aufgrund des Lärms klagen, also nicht gegen das gesamte Ausbauprojekt und das DHL-Drehkreuz. Die Antonov 124 ist das größte und lauteste Flugzeug der Welt, und die IG Nachtflugverbot versucht

da, vor Gericht zu erwirken, dass die nicht stationiert werden dürfen.

Das Andere ist aber eben der militärische Teil, der gegen den „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ (2) verstößt. Aber bei der Klage besteht das Problem, dass alle Beteiligten, also auch der Flughafen selbst, diese Transportfirma, die NATO und eben auch das sächsische Innenministerium sagen: es sei ja ein ziviler Chartervertrag, es gehe ja bloß um den Transport des Kriegsgerätes durch eine zivile Transportfirma und sei damit vollkommen in Ordnung so.

M: Das ist ja auch ein bisschen unsere Schwierigkeit, dass wir noch nicht so einen richtigen Anknüpfungspunkt gefunden haben, wo man konkret noch Entscheidungen beeinflussen kann. Aber tun sollte man trotzdem was dagegen.

L: Man könnte versuchen, den Flughafen „anzugreifen“, wenn jetzt alle Entscheidungen irgendwie nichts bewegen. Leipzig hat sich beispielsweise im Irakkrieg als Friedenshauptstadt präsentieren wollen, und gleichzeitig ist es eben so, dass vor den Toren der Stadt Militärkapazitäten entstehen, die für

neue Kriege da sind. Und von der Olbrecht-Kaserne in Leipzig aus sind auch schon Auslandseinsätze nach Afghanistan geleitet worden. Also auf der einen Seite gab es große Anti-Kriegs-Demonstrationen, auf der anderen Seite ist Leipzig ein wichtiger Militärstandort, der bei diesen Demonstrationen keine Rolle gespielt hat. Und wenn man das mehr in den Mittelpunkt rückt und den Leuten bewusst macht, was gerade hier jetzt passiert, gibt's da glaub ich auch schon Potenzial, das man für Aktionen gewinnen kann, um am Image des Flughafens zu kratzen. Was denen dann vielleicht auch irgendwann nicht mehr egal ist.

M: Ja, inhaltlich dazu zu arbeiten und dann gemeinsam protestieren.

Danke für das Interview

momo



Macht Angst Macht? Neue Ausstellung zur „Kultur der Angst“

Die diesjährige Hauptausstellung der Stiftung Federkiel in der riesigen Halle 14 auf dem Gelände der Baumwollspinnerei (Spinnereistrasse 7, Plagwitz) widmet sich der Angst als „Schlüsseltechnologie der Macht“. Vom 29. April bis zum 1. Oktober werden Arbeiten von 23 aktiven KünstlerInnen und -Gruppen aus aller Welt gezeigt. Von Kuratorensseite heißt es dazu: „Angst als Wirtschaftsfaktor und ihre Kultur gehört zu den wesentlichen Schrittmachern, zur Überlebensstrategie der spätkapitalistischen Gesellschaft. [...] Dennoch gehört der richtige Umgang mit der eigenen Angst in einer neoliberalen, von der Individualisierung geprägten Gesellschaft zur unverzichtbaren Kompetenz im Kampf um die Existenzsicherung. [...] Private Geschäfts- und staatliche Interessen gehen im Kampf um die Erfüllung einer doppelten Zielsetzung – Profit und Sozialkontrolle – Hand in Hand. Ihre öffentliche ideologische Begründung ist der Schutz vor Angst, Bedrohung, Gewalt

und Terror, und damit gegen Kriminelle, die dämonisiert werden müssen, um die Verwendung von Steuergeldern für ihre Unterdrückung und Inhaftierung gegenüber dem Steuerzahler zu rechtfertigen.“

Gegenstände der Auseinandersetzung reichen von geheimen Militärprogrammen (Trevor Paglen, USA) über Fluchtbewegungen in geschlossenen Gebäuden (Peter Bux, Deutschland) bis hin zu furchterregender Siedlungsarchitektur (Evrat Shvily, Israel). Auch Projekte, wie die Kommunikationsplattform „Islam loves peace“ (Mandy Gehrt, Leipzig), ein Workshop der KünstlerInnengruppe „Kiosk NGO“ (Serbien/Montenegro) mit Jugendlichen aus Serbien/ Kosovo oder die „Bio-Art“ des „Critical Art Ensemble“ (USA) und deren staatliche Verfolgung werden dokumentiert. Auch die subversiv arbeitenden „Yes-Man“ (USA) stellen Aktionen vor: So waren sie 2002 im Internet und später bei der BBC als Vertreter des Dow-Konzerns aufgetreten, um „end-

lich“ die Verantwortung für die Bhopal-Katastrophe zu übernehmen. 1984 waren in der zentralindischen Stadt 20.000 Menschen an den Folgen eines Giftgasunfalles in einem Chemiewerk gestorben. Der DOW-Konzern musste sich anschließend öffentlich von den Zugeständnissen distanzieren. Die Stiftung Federkiel beauftragte „The Yes Men“ zudem mit einer neuen Intervention, deren Dokumentation im Mai in die Ausstellung kommt und in der es um von Angst ausgelöste Blindheit gegenüber evidenten furchtbaren Fehlentwicklungen geht. Auch für „Noboru Tsubaki“ (Japan) sind globale Belange wichtig: in seinem „UN application project“ erteilt er sich selbst, Kollegen und Freunden den Auftrag zur angewandten Behebung lokaler wie globaler Missstände. Wer dann noch immer keine oder schon zu große Angst verspüren sollte, kann sich von Peter Wächtler (Deutschland) und seiner „Wahrsagerin 2006“ behandeln lassen. Die Bilder, Filme, Installationen und andere Dokumentationen werden neben der politischen Horrorshow hoffentlich auch sinnlich gehaltvoll sein.

clara

Das 3. im Ergebnisrausch

AntiG8-Netzwerkkoordinierung in der G16

„Irgendwie war die Stimmung und konstruktive Zusammenarbeit in Leipzig deutlich besser, als bei den bisherigen Treffen.“ (ein Teilnehmer aus Bremen)

Dass Konsensdemokratie bzw. hierarchie-freies, konsensorientiertes Diskutieren und Arbeiten nicht zwingend zu Ergebnislosigkeit und Stillstand führen muss, bewiesen die TeilnehmerInnen des AntiG8-Netzwerktreffens vom 31. März bis 2. April in der Leipziger Gieszerstraße 16. Das zu Beginn ausgearbeitete Entscheidungsmodell mit kurzen Plena und drei- bis fünfminütigen „Tuschelrunden“, die ein druckfreies Diskutieren in Kleinstrunden ermöglichten, brachte den Erfolg.

Doch vielleicht erst mal von vorn: Eine Gruppe Leipziger entschloss sich nach der Teilnahme am Netzwerktreffen Ende Januar in den Berliner Mehringhöfen, die nächste Auflage nach Leipzig zu holen. Für die handvoll Einzelpersonen schien es schnell klar, dass das Projekt Gieszerstraße 16 der passende Ort sein könnte. Das bestätigte sich mit dem Eintreffen und Einleben der knapp 100 Teilnehmer dann auch praktisch. Denn durch die Vorfeldarbeit der Leipziger Vorbereitungsgruppe waren genug Räume zum Diskurs und Planungsprozess umgebaut.



Fast alle Arbeitsgruppen der vorhergegangenen Treffen in Berlin und Hamburg konnten ihre Diskussionen zur Campvorbereitung 2006 und 2007, zur drohenden Repression und zu unterschiedlichen Blockadeformen fortsetzen. Viele Vorschläge und Ideen der AGs wurden in den Gesamtplena vorgestellt, diskutiert und oftmals angenommen, so dass aus dem Abschlussplenum am Sonntag auch Ergebnisse mit nach Hamburg, München oder Berlin

genommen werden konnten.

Eines der Ergebnisse ist auch der Name des Netzwerkes: „Dissent + X“. Ganz so neu ist aber die Bezeichnung „Dissent“ auch nicht, wurde sie doch schon von dem Alternativnetzwerk 2005 in Schottland gewählt, das sich zu G8 Gegenaktivitäten zusammenschloss. Das „X“ im Namen lässt nun noch Platz für einen Untertitel oder Zusatz, für den Ideen gesammelt werden. Außerdem können sich unter dem „X“ auch all jene treffen, die eine (durch Namensgebung geförderte) Gruppenidentität kritisch sehen. Endlich einen Namen zu finden wünschten sich besonders die Reisenden der G8 Info-Tour, war es doch bisher in Städten der BRD, Polens oder Österreichs schwer von sich zu sprechen und zu werben, wenn nichts konkret benannt werden konnte.

Diese Zeiten sind jetzt aber genauso vorbei wie das Fehlen einer Pressestimme. Die zu gründende Pressegruppe soll dies in Zukunft zentral übernehmen und versuchen, eine Konsensmeinung nach Außen zu transportieren. Um hier das Entstehen von „Dissent + X“-KönigInnen zu verhindern, soll die Gruppe rotieren und versuchen, das Meinungsbild der jeweils versammelten Einzelpersonen wiederzugeben. Nach innen soll sie die Netzwerkstrukturen zur Verfügung stellen und die Einzelgruppen informieren.

Insgesamt wurden bei dem Treffen viele Struktur- und Inhaltsfragen geklärt und für die weitere Zukunft geplant. Die bisherigen TeilnehmerInnen versichern,

G8 in Heiligendamm

Die G 8 ist ein jährlicher Weltwirtschaftsgipfel der 7 mächtigsten Industrieländer und Russland auf denen das Vorgehen in Finanz- und Wirtschaftsfragen sowie in der Außenpolitik diskutiert werden. Diesen Juli findet es in St. Petersburg statt, im Mai oder Juni 2007 in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste. Tagungsort soll dann das Nobelhotel Kempinski sein. Seit dem Jahr 2005 kauft der Eigentümer angrenzende Flächen auf, um eine größtmögliche Abschirmung zu sichern. Für die Absicherung der zu nutzenden Gebäude ist seit Anfang des Jahres eine eigene Polizeieinheit zuständig.

dass eine Mitarbeit von noch nicht eingebundenen Gruppen und Einzelpersonen jederzeit möglich ist, denn das Netzwerk soll offen für Alle sein. Der Konsens ist wohl hier, dass G8-Protest nur durch die Mitarbeit und Unterstützung vieler ein Erfolg werden kann. Zum nächsten Treffen geht es wieder nach Berlin, vom 25. bis 28. Mai, im Rahmen des BUKO-Arbeitstreffens in den Räumen der Freien Universität. Zeiten und genaue Ortsangaben folgen demnächst im Netz.

RiRo

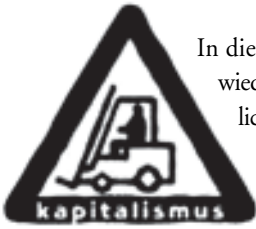
Die G8-Infotour: www.de.dissent.org.uk
 Die G8-Campagne: www.gipfelsoli.org
 G8-Camp 2006: www.camp06.org
 Bundeskoord. Internat: www.buko.info

Die Peoples Global Action (PGA) Eckpunkte des Dissent-Netzwerkes:

- * Eine klare Ablehnung von Kapitalismus, Imperialismus & Feudalismus; aller Handelsabkommen, Institutionen & Regierungen, die zerstörerische Globalisierung vorantreiben.
- * Wir lehnen alle Formen & Systeme von Herrschaft und Diskriminierung ab, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art. Wir anerkennen die vollständige Würde aller Menschen.
- * Eine konfrontative Haltung, da wir nicht glauben, dass Lobbyarbeit einen nennenswerten Einfluss haben kann auf undemokratische Organisationen, die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflusst sind.
- * Ein Aufruf zu direkter Aktion & zivilem Ungehorsam, Unterstützung für die Kämpfe sozialer Bewegungen, die Respekt für das Leben & die Rechte der unterdrückten Menschen maximieren, wie auch den Aufbau von lokalen Alternativen zum Kapitalismus.
- * Eine Organisationsphilosophie, die auf Dezentralisierung & Autonomie aufgebaut ist.

Konzerte, Kampagnen, Kader

Mobilmachung in Mitteldeutschland



In dieser Saison wird es wieder einige unerfreuliche Nazi-Veranstaltungen geben, die an sich nichts neues aber nach wie vor zu bekämpfen sind. Manche strukturelle und thematische Konzentrationen befinden sich dennoch im Wandel; deren Relevanz für Gefahreinschätzungen wird an folgenden Beispielen deutlich:

Zweites „Fest der Völker“ am 10.06.06 in Jena!?

Wie leider im letzten Sommer schon klar war (FA!#18), wird ein weiteres mal zu einem europäischen Neonazi-Open-Air mobilisiert. Im letzten Jahr kamen zwar weitaus weniger (zwischen 400 und 800) „Besucher“ als erwartet. Die Veranstaltung mit vier Bands, Rednern und Informationsständen war jedoch gegen den Willen von 8000 (auf verschiedenste Art) Protestierenden und der Stadt (Stadtrat und OB) durch das Oberverwaltungsgericht Weimar auf einem entlegenen Platz nahe der Autobahn ermöglicht worden. Daher ist wohl in diesem Jahr mit weitaus mehr Nazis zu rechnen.

Neben dem Anmelder Ralf Wohlleben (NPD-Kreisvorsitzender, „Thüringer Heimatschutz“) und anderen Jenaer Nazis ist es vor allem der Altenburger Thomas Gerlach (Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene, Freundeskreis Halbe, Kampfbund Deutscher Sozialisten, Hammerskins Westsachsen), der mit seinen Verbindungen ins europäische Ausland die Hauptorganisation übernimmt.

Ab 12 Uhr sollen auf dem Seidelparkplatz (an der Schnellstrasse nach Lobeda) bisher vier Bands aus dem in Deutschland zumindest offiziell verbotenen Blood-and-Honour-Netzwerk und zahlreiche Informationsstände das Programm bestreiten. Neben dem NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt sollen nationalistische Aktivisten aus Portugal, Dänemark, Italien, Schweden,

Russland und Bulgarien sprechen. Wie im letzten Jahr sind aber auch zahlreiche kulturelle Gegenfestlichkeiten in Planung, wie auch eine Demonstration der Studierenden. Bereits angemeldet ist eine Kundgebung zum „mahnenden Gedenken an die Massaker der deutschen Wehrmacht und der SS in Lidice (Tschechien), Distomo (Griechenland), Oradour-sur-Glane und Tulle (beide Frankreich), die sich alle am 9. bzw. 10. Juni jähren“. Antifa Jena und Junge Gemeinde Stadtmitte werden voraussichtlich wieder eine breite Infrastruktur für zuge-reiste GegnerInnen dieses „Events“ stellen. Die Nazi-Veranstaltung ist im übrigen keinesfalls die einzige ihrer Art, wird es doch am 20. Mai in Altenburg wieder einen „Thüringentag der nationalen Jugend“ und am 25. Juli das 4. NPD-Openair „Rock für Deutschland“ in Gera geben.

„Antikapitalismus von rechts“

Der Aufruf zum Fest der Völker lässt deutlich die typische verkürzte, rassistische Argumentation erkennen: „In Ballungszentren und dort wo das Kapital in Zirkusmanier gerade Station macht, sieht man entwurzelte, sinnentleerte und haltlose Arbeitsklaven.“ Gefahren entstünden dort vor allem durch „kontinuierlich anhaltende Ströme fremder Menschen nach Europa“ und „Masseneinwanderung, Entwurzelung und Amerikanisierung“, die „einhergehen mit kulturellem Zerfall.“ Die kulturelle Argumentation ist dabei wichtig, um ein völkisch gegliedertes Europa zu illusionieren, in dem jeder an seinem Platz zu bleiben habe.

Neben einem völkischen Europa wird also in diesem Jahr stärker vermeintlich anti-kapitalistischen Aspekten gehuldigt. Dies hängt auch mit einer am 1. April in Arnstadt mit einer Auftaktdemonstration begonnenen Kampagne zusammen: Aktionen, Informationsveranstaltungen und die Broschüre „Antikapitalismus von rechts“ sollen sich gegen die „Diktatur des Globalkapitals“ und die vermeintliche internationale Ver-

schwörung des Finanz- (oft auch -juden-)tums richten. Unter dem gemeinsamen Motto „Zukunft statt Globalisierung“ sollen lokal Veranstaltungen organisiert werden.

Auffällig ist im Kampagne-Text (www.antikap.de) zudem der anbietende Bezug zu globalisierungskritischen Assoziationen und Gipfelprotesten. Neben anderen Übernahmen linker Rhetorik soll z.B. das Motto „Her mit dem schönen Leben“ am 22. April eine Nazidemo in Halberstadt bekleiden. Die Unterstützergruppen auf der Homepage der Kampagne, sächsische und thüringer Gruppen, wie z.B. die Jungen Nationalisten (JN) Sachsens, sind als einzig Identifizierbare auch als Urheber denkbar.

Ausbau der JN-Strukturen

Seit 2005 sind von der Jugendorganisation der NPD verstärkt Initiativen zu verzeichnen, die auf eine Einbindung der „freien“ Kameradschaften und anderer nicht parteilich organisierter Nazis abzielen, bzw. wie eh und je als Auffangbecken straffällig gewordener oder sozial isolierter Einzelfälle dienen: Im Zusammenhang mit der Gründung einer JN-Ortsgruppe in Sangerhausen im März '06 sagte der JN-Landesvorsitzende Sachsen-Anhalts Philipp Valenta, die JN wolle bis Ende des Jahres zehn neue „Stützpunkte“ aufgebaut haben.

Auch in Thüringen wurden mit Jena und Erfurt neue Untergruppen gegründet, nachdem im Januar die JN-Thüringen in Ammelstädt ins Leben gerufen worden war. Mit überregional initiierten Infoständen gegen Kinderschänder versuchten einige dieser jungen Nationalisten in den letzten Wochen in zahlreichen Thüringer Städten, Aufmerksamkeit und Profil zu erlangen.

Die JN-Sachsen gibt es schon seit letztem Jahr, in Chemnitz und Aue-Schwarzenberg existieren Ortsgruppen. Eine Bundes-schulung Ostern '06 in Thüringen („Wissen ist Macht“) soll die Strukturen weiter stärken und die Neonazis auf einen Kurs bringen.

RABE



Abendveranstaltung: Freitag, 21. April, 19:00 im B12 in der Braustraße 20
Einführung in den bürgerlichen Staat
Tagesseminar: Samstag, 22. April, ganztägig
Du bist nicht Deutschland!

www.junge-linke.de

Anzeige

AZ Ex-Steffi geräumt

Unsere Träume kriegt ihr nie!

6. April, 6 Uhr – Schweres Geschütz rollt an, zum Sturm auf die Karlsruher „Ex-Steffi“: Wasserwerfer, Räumpanzer, Hebebühne, SEK, Sanitäter... Der Gerichtsvollzieher ist auch früh aufgestanden, um zuzusehen, wie die BewohnerInnen in mehreren Anläufen nach und nach alle aus dem Haus gezerrt und festgenommen werden. Die ausgedehnte Verwahrungshaft endete für die ExbewohnerInnen dann mit einem Platzverweis für ganz Karlsruhe. Nach der Demolierung der Bausubstanz errichten die Baufirmen vor Ort einen Bauzaun - alles erledigt!?

Vor diesen Ereignissen, während die Räumung zwar drohte, aber noch verhandelt wurde, hatte „unser Mann in Karlsruhe“ auf Anfrage folgende Zeilen geschickt. Nach der plötzlichen Räumung und 24 Stunden Verwahrungshaft verständlicherweise aber keinen Nerv mehr den Text in seiner Gänze zu aktualisieren. (clara)

Hier nun also die Vorgeschichte:

Situationale Einblicke vor der Räumung

Ich sitze hier im Kerzenschein, die Luft hinter den vernagelten Fenstern ist stickig, die Stimmung unter den BesetzerInnen gedrückt. Ein Stockwerk unter uns bemühen sich gerade mehrere Hundertschaften der Polizei und ein Sondereinsatzkommando, Herr der Lage zu werden und zu uns vorzudringen.

Karlsruhe, im Februar 2006: Nach dem Auslaufen des Mietvertrages mit der Stadt ist das soziokulturelle Zentrum Ex-Steffi endlich wieder besetzt. Wir feiern unser 15-jähriges Bestehen, bauen fix ein paar Barrikaden vor der Tür auf und überschwemmen die Stadt während der ersten Aktionstage mit kostenlosem Essen, spontanen Aktio-



Verbarrikadierter Eingang der Ex-Steffi vor der Räumung

nen und guter Laune. Parallel dazu laufen Gespräche mit der Stadt über das von uns für Wohn- und Kulturzwecke genutzte Gelände. Die Pläne der Stadt sehen anstatt ei-

nes linken Zentrums und ca. 40 Künstlerateliers eine schrottrige Gewerbefläche, bzw. einen „Time Park“ vor. Die „Initiative Kulturoase“, die den Kauf des Geländes durch die NutzerInnen anstrebte, scheiterte an der ablehnenden Haltung der Stadtverwaltung.

Damit etwaigen Immobilienhaien nicht schon bei der ersten Besichtigung der Appetit vergeht, versucht man uns nun von unserem Gelände zu vertreiben, bzw. uns und unsere Gäste zu isolieren: Ringsherum patrouillieren Beamte in Zivil an den Gleisbetten; es werden Ausweise kontrolliert, Taschen durchsucht. Eine Anzahl von Leuten hat inzwischen Aufenthaltsverbot in Karlsruhe. In regelmäßigen Abständen kreisen Hubschrauber über dem Gelände, die uns das Gefühl geben, dass Sorglosigkeit ein Verbrechen ist. Und dass unsere generelle Verurteilung wie auch die Kontrollen neue (Schleich-)Wege nötig machen.

Es klopft an der Wand und Arthur kommt herein, seifig lächelnd und mit einem Telefon in der Hand. Am Apparat ist Sozialreferent Denecken, der uns als Vertreter der Stadt noch einmal beteuert, wie wenig er für uns tun könne, mit der Bitte doch irgendwann mal bei einem seiner Banketts für Obdachlose vorbeizuschauen. Geht klar. Auch OB Fehnrich telefoniert mit, auch er lädt uns zu einem Besuch seiner Wahlparty am 2. Juli. Ihr müsst wissen,



Polizei dringt mit Hebebühne in Gebäude ein

dass hier nämlich die Stimmen für die CDU genetisch vererbt werden. Wir kommen!

Schließlich ist da noch der Obergerichtsvollzieher, der am 30. März mit ersten Räumungsmaßnahmen begann und in dessen Handlungsspielraum ein Aufschub der Räumung von bis zu sechs Monaten liegt. Diesen wollte er uns auch gewähren, solange wir unsere Bemühungen um Alternativen dokumentierten und friedlich blieben.

Mit der Unterstützung des Miethäuser-syndikats aus Freiburg gelang es der „Initiative Kussmaulstraße“ eine GmbH in Gründung auf die Beine zu stellen, die nun mit dem Erwerb eines riesigen Geländes in der Weststadt Platz schaffen will für alternatives Wohnen, für kollektive Werkstätten und Geschäfte, unseren geliebten Kulturraum und noch den ein oder anderen Obstbaum. Es liefen erneut Verhandlungen mit den Fraktionen im Stadtrat und die Initiative sammelt für die GmbH Anlagekapital durch Direktkredite und Bürgschaften.

Plötzlich klopft es wieder: „Kommt alle raus, die Sonne scheint!“. Irgendwer hatte die Sicherheitstür offen gelassen. Durch diese Alarmsimulation hat sich außerdem gezeigt, dass unsere UnterstützerInnen vor dem Haus noch nicht alle wussten, wie sie mit den Einsatzkräften umzugehen hatten. Was geht?

...Wir wurden also trotz dieser Bemühungen und trotz der Zusage des Gerichtsvollziehers geräumt. Dennoch: Linker Freiraum lässt sich mit Recht nicht verbieten!

Mütz

ein Mensch ein Schwein ein Tofu sein



Der vorliegende Text der „Life is Life“-Veranstalter hat in der Redaktion zweifelsohne starke Kontroversen hervorgerufen. Er ist in Reaktion auf eine in der *incipito* 19 veröffentlichten Kritik an der im November 2005 gelaufenen Vortragsreihe mit dem Namen *Life is Life* entstanden und seitdem mehrmals überarbeitet worden. Die von den Initiatoren der Veranstaltungsreihe angestoßene Debatte um die Frage, inwieweit man Tieren überhaupt moralische begründete Rechte zugestehen könne, führte schon damals prompt zu heftigen Gegenreaktionen, die u.a. von der speziell gegründeten Gruppe *Ivri Lider statt Peter Singer* vorgetragen wurden. Kritisiert wurde von dieser Seite vor allen Dingen: a) der moralisierende Impetus der vorgetragenen Theoretisierung, b) die Vereinnahmung Kritischer Theorie für die Konstruktion eines sogenannten Antispeziesismus, c) diverse Biologismen und letztlich d) die Nähe zu den Theorien Peter Singers ... was schließlich in dem Vorwurf gipfelte, in den Vorträgen und Diskussionen der Veranstaltungsreihe würde einem Euthanasie-Projekt das Wasser geredet. Auch wenn der geäußerten Kritik in einzelnen Punkten durchaus Recht zu geben ist, verfehlte sie jedoch den Zweck, über die Sache wirklich aufzuklären, und blieb also in den eigenen Vorurteilen stecken. Die Stellung-

nahme der VeranstalterInnen zu diesen und anderen Vorwürfen drucken wir ab, weil ihnen bisher keine Möglichkeit von Seiten der *incipito* eingeräumt wurde, hierauf öffentlich zu antworten. Wir empfehlen aber dem/der Leser/in unbedingt die parallele Lektüre des in der *incipito* #19 abgedruckten Artikels „Auf den Hund gekommen“ sowie weiterer Referenzquellen.

Auch wenn die *Feierabend!*-Redaktion in inhaltlichen Punkten stark von den vorgetragenen Meinungen der VeranstalterInnen differiert, sind wir

trotzdem der Auffassung, dass die Frage: *Wie gehen wir mit Tieren um?* in der Frage: *Was sind wir Menschen?* von Bedeutung ist. Gerade im Kontext einer neu aufgebrochenen Debatte um bioethische Fragen der pränatalen Diagnostik, der experimentellen Genetik und Biomechanik ist auch die Frage nach der Grenze zwischen Mensch und Tier aktuell, akut und von daher diskussionswürdig. Klar ist: Für die *Feierabend!*-Redaktion steht die Beseitigung der Herrschaft des Menschen über den Menschen an erster Stelle. Wir sehen in kapitalistischer Ausbeutung und staatlicher Unterdrückung einfach einen qualitativen Unterschied zur Massentierhaltung oder zur Malträtierung seiner eigenen Hauskatze.

In spezifischem Sinne hat der Fundamental-Humanismus des 18. Jh. und 19 Jh. aus unserer Perspektive sogar eine gewisse Emanzipation der menschlichen Verhältnisse bewirkt – auf dem Gebiet der Religion, der Politik und über diverse bio-

logistische Menschenbilder hinaus, für die die Rassentheorie nur stellvertretend steht. Die lebensphilosophischen Strömungen des beginnenden 20. Jahrhunderts haben diesen Biologismus teilweise transportiert, das muss man ganz kritisch sehen. Gerade auch, wenn man die Relevanz für den Prozess der „Entmenschlichung“, wie er heute mit Holocaust und Shoa chiffriert wird, bedenkt. Dagegen sind freilich auch für uns die massenhafte Tötung und Verwertung der Tiere, ihre willkürliche Malträtierung und systematische Unterwerfung zweitrangig. Dennoch sind diese Praktiken in ihrer penetranen Kontinuität, in ihrer systematischen Ausuferung und in ihrer Analogie zu Herrschaftstechniken zwischen den Menschen moralisch äußerst fragwürdig. Für eine wirksame Ethik, die das Verhältnis zwischen Mensch und Tier neu bestimmen will, kann die Neudeutung unserer menschlichen Begriffe von Leiden ein erster Schlüssel sein.

Wer allerdings glaubt, hier gäbe es schnelle Antworten, wie Eis vom fahrenden Kaufmann, will letztlich gar nicht zuhören und nur seine eigenen Vorurteile pflegen. Das Primat liegt beim Menschen, weil er/sie eben Verantwortung übernehmen kann! Aber wie weit reicht diese Kampfzone? Die Wahrheit wird erstritten!

Feierabend!-Redaktion



Stellungnahme der Initiatoren zur Kritik an der Veranstaltungsreihe „Life is Life?“

Debatte um „Life is Life?“

Vielleicht erinnert sich der eine oder die andere noch an die Veranstaltungsreihe „Life is Life?“, die im November vergangenen Jahres die Frage nach den Tieren auf den Leipziger Tisch brachte. Das Leipziger Vorbereitungsteam wollte mit dieser Reihe einen Anstoß für die theoretische Beschäftigung mit dem Mensch-Tier-Verhältnis geben. Wir meinen, dass dies ein – gerade auch von der politischen Linken – zu wenig reflektiertes Thema ist. Diese Leerstelle im linken Diskurs wollten wir füllen. Schließlich ist unser heutiges Verhältnis zu „den Tieren“ massiv von Gewalt und Herrschaft geprägt. Wir verstehen uns also ausdrücklich als Teil einer großen emanzipativen Bewegung, die das Ziel verfolgt, alle Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse zu überwinden. Umso überraschter waren wir, dass gerade aus der linken Ecke Kritik und Anfeindungen gegenüber dem Thema „Tierrechte“ und unserer Veranstaltungsreihe kamen. Diese wurden insbesondere von einer „Initiative Ivri Lider statt Peter Singer“ in Form eines Flugblattes („Auf den Hund gekommen“), das auch in der Zeitschrift *incipito* abgedruckt wurde, vorgebracht. Kritik vom bürgerlichen Wohlstandsmenschen waren wir gewöhnt – der lässt sich bekanntlich ungern den Appetit durch zu viel Nachdenken verderben. Dass nun offensichtlich auch Teile der Linken dieser Ignoranz und Arroganz der Macht verfallen, befremdet uns. Das Problematischste daran erscheint uns, dass diese „Initiative Ivri Lider statt Peter Singer“ zu keinem echten Diskurs bereit war. Die Chance der Veranstaltungsreihe „Life is Life?“ wurde vertan. Während der Vorträge fiel die Initiative mehr durch unqualifizierte Störungen denn durch gezielte, am Thema des Referates orientierte Sachbeiträge auf.

Im Folgenden geht es nun um eine Nachbereitung dieser Kritik. Es wird der Versuch unternommen, eine sachliche und inhaltli-



che Auseinandersetzung mit den Kritikpunkten der „Initiative Ivri Lider statt Peter Singer“ zu führen. Auf Polemik, Denunziation, Diffamierung und Hetze wurde dabei verzichtet. Damit unterscheidet sich diese Stellungnahme deutlich von dem Flugblatt, das im Wesentlichen aus unfairen, unsachlichen und unwahren Behauptungen besteht. Es ist noch anzumerken, dass viele Kritikpunkte der Initiative von vornherein ins Leere laufen, da keiner der Veranstalter und Referenten von „Life is Life?“ die kritisierten Inhalte vertritt. Besonders gilt das für den unterstellten Peter-Singer-Bezug. Wir lehnen sowohl den Präferenz-Utilitarismus wie auch das Personenverständnis Singers ab und verwerfen auch Singers Ansichten zur Euthanasie. Tierrechtler brauchen Peter Singer nicht für die theoretische Begründung ihres Engagements. Es gab vor, neben und nach ihm genug Denker und Theoretiker, die wesentlich konsistenter Rechte für Tiere begründet haben. Weil wir die Positionen Singers nicht vertreten, können wir dafür auch nicht verantwortlich gemacht werden. Dasselbe gilt für die Aussagen der Tierrechtsorganisation *Peta*. Diese verfolgt eine bestimmte Strategie: sie will die Öffentlichkeit mit provokativen Kampagnen aufrütteln. Dabei arbeitet sie mit der fragwürdi-

gen Konstruktion der Prominenten und beweist wenig Tiefe im Denken und Sensibilität. Allzu oft steht wohl die Werbung für die eigene Organisation im Vordergrund. Ihren traurigen Höhepunkt fand dieser Ansatz von *Peta* in der Kampagne „Der Holocaust auf deinem Teller“, bei der vor allem durch Bilder Parallelen zwischen heutiger Massentierhaltung und Massenschlachtung und dem Holocaust der Nazis hergestellt wurden. Wir lehnen diese Kampagne aus vielfältigen Gründen ab. Vor allem aber verurteilen wir die Instrumentalisierung und Enthistorisierung des nationalsozialistischen Holocaust. Die Tierausbeutung ist ein Überphänomen unserer Zivilisationsgeschichte, das uns seit Jahrtausenden im Gepäck sitzt. Der Holocaust der Nazis ist ein Verbrechen unvorstellbaren Ausmaßes, das sich in Bezug auf Ideologie, Planung, Durchführung usw. vielfältig unterscheidet von der Massentierhaltung oder auch von heutigen kriegerischen Auseinandersetzungen. Eine Benützung des Holocaust zur Verdeutlichung einer anderen Grausamkeit ist unseres Erachtens eine gefährliche Enthistorisierung und Relativierung. Aber hier gilt dasselbe wie bei Singer: Wir haben nichts mit *Peta* und deren Kampagnen zu tun, also können wir dafür auch nicht verantwortlich gemacht

werden. Schließlich wurde uns auch unterstellt, wir würden durch einen Vergleich von Frauen- und Tierrechtsbewegung die Frauen herabwürdigen. Die krude Argumentation zu diesem Vorwurf ist im Flugblatt nachzulesen. Die ursprünglich für dieses Thema vorgesehene Referentin Mieke Roscher ist leider kurz vor der Veranstaltungsreihe schwer erkrankt und konnte nicht anreisen. Von ihr liegen aber Veröffentlichungen vor, die den Vorwurf der Herabsetzung von Frauen stichhaltig entkräften. Für sie ist Melanie Bujok aus Bochum eingesprungen, die zu einem ähnlichen Thema referiert hat. Auch hier gab es keine Bereitschaft der KritikerInnen, sich auf das Thema und Anliegen der Feministin und Tierrechtlerin einzulassen. Dies geschah vielleicht aus Gründen der gefühlsmäßigen Aufwallung und Verstrickung in das selbstgemachte Missverständnis. Melanie Bujok, Mieke Roscher, Birgit Mütterich, Carol J. Adams sind die wichtigsten Vertreterinnen der These, dass zwischen der Frauenentrechtung und der Tierentrechtung ein tiefer Zusammenhang besteht. Beide funktionieren durch die soziale Konstruktion des Anderen: die Frau und auch das Tier wurden und werden zur dumpfen und triebhaften Sphäre der Natur gezählt, die prinzipiell minderwertiger ist als die moralische und vernünftige Sphäre der Kultur, zu der sich viele Jahrhunderte lang einzig der (weiße) Mann gezählt hat. So wurde jedenfalls in der Geschichte die Verweigerung des Wahlrechts für Frauen begründet. Und so begründen viele Menschen heute die Tierausschaltung: „Tiere sind doch für uns da.“; oder: „Es sind ja nur Tiere...“ Es geht um das Erkennen eines strukturellen Zusammenhangs von Sexismus, Rassismus und Speziesismus (die Diskriminierung von Tieren aufgrund ihrer anderen Spezieszugehörigkeit). All das kann hier nur angerissen werden. Es liegen viele soziologische, historische und philosophische Publikationen vor (z.B.: Carol J. Adams: *The sexual politics of meat*). Nun legen wir aber eine gebündelte Argumentationssammlung vor, die auf das Flugblatt der Initiative antwor-

tet und es entkräftet.

Stichwort Gleichheit

Im Flugblatt wird das vermeintliche Gleichmachen von Menschen und Tieren durch die Veranstalter von „Life is Life?“ kritisiert. Dazu zunächst etwas Grundsätzliches: Wir reden gewöhnlich unreflektiert von „den Menschen“ und „den Tieren“ und grenzen uns Menschen damit sprachlich von den anderen Tieren ab. Mit der Rede von „den Menschen“ und „den Tieren“ wird ein entschiedener und absoluter Trennungsstrich gezogen. Sind Menschen etwa keine Tiere? Zum einen ist an der Redeweise von „den Menschen“ und „den Tieren“ zu kritisieren, dass damit die Unterschiede zwischen Mäusen und Elefanten, Elefanten und Kühen usw. eingeebnet und andererseits die Menschen allein als einzigartig dargestellt werden. „Der Mensch“ wird als Norm gesetzt und alle nichtmenschlichen Tiere gelten als gleich anders als diese menschliche Norm. Zum anderen werden mit dieser Redeweise „Mensch“ und „Tier“ als gegensätzliche, dualistische Kategorien konstruiert und eine Wertehierarchie gesetzt. Angemessener ist unseres Erachtens die Rede von Menschen und nichtmenschlichen Tieren. Damit wird dem ideologisch abgesicherten und sprachlich institutionalisierten Denken in „Wir“ und „die Anderen“ etwas entgegengesetzt: Ein Denken, das nicht trennend, sondern verbindend ist. Die Differenz zwischen Menschen und nichtmenschlichen Tieren wird damit *nicht* gelehnet (Ich bin anders als eine Kuh. Aber ich bin auch anders als Du.). Wir fragen: Welche Bedeutung haben diese Unterschiede für die Frage nach unserem Umgang mit nichtmenschlichen Tieren? Bedeutet Andersartigkeit etwa Minderwertigkeit? Wer bestimmt, wer mehr wert ist?



Es muß folgende Tatsache wahrgenommen werden: Wir Menschen gleichen den nichtmenschlichen Tieren in der fundamentalen Tatsache, dass wir an unserem Leben hängen, dass wir das Leben in Freude, Leid, Glück, Schmerz, Wohlergehen und sozialen Bezügen erleben. Wir alle sind – und zwar ungeachtet der Spezies – Individuen: „Jemand“ nicht „Etwas“. „Wir können wissen, dass es für sie (sc. die nichtmenschlichen Tiere) von Bedeutung ist, dass wir aufhören, sie zu definieren und zu benutzen (Carol J. Adams).“

Die Andersartigkeit oder Minderbefähigung eines Individuums rechtfertigt nicht seine Unterdrückung und Ausbeutung!

Stichwort Speziesismus

Die Initiative kritisiert weiter: Antispeziesismus sei „eine doppelte Moral, weil Menschen auf die Milchkuh verzichten, der Löwe aber weiter ungestraft am Schenkel der Antilope nagen darf.“ Dazu folgendes: Der Unterschied zwischen dem Menschen und dem Löwen ist der, dass sich der Mensch frei für eine von mehreren Handlungsoptionen entscheiden kann. Er unterliegt nicht in demselben Maße dem Naturzwang wie nichtmenschliche Tiere. Deshalb ist das Essen der Antilope durch den Löwen etwas anderes als die Ausbeutung der Milchkuh: Das eine ist eine nicht beeinflussbare Notwendigkeit, das andere eine vermeidbare

Diskriminierung. Die Ausnutzung der Milchkuh ist weder überlebensnotwendig noch überhaupt nötig. Sie geht aber einher mit massiven Eingriffen in das Leben und Ergehen der Kuh und ihres Kalbes. Das Essen von tierlichen Individuen und/oder ihrer Produkte von uns Menschen bedeutet unnötige Anwendung von Gewalt, Entrechtung und Herrschaft. Der Speziesismus ist eine Ideologie, die nichtmenschliche Tiere instrumentalisiert und zu Opfern menschlicher Nutzungsinteressen macht. Der Speziesismus ist pure Herrschaft des Menschen über nichtmenschliche Tiere.

Stichwort Tierrechte

Die Initiative unterstellt Tierrechtlern einen juristischen Rechtsbegriff. Doch Tierrechtler fordern keine bürgerlichen Rechte für Tiere (Schutz des Privateigentums etc.), sondern elementare Grundrechte wie Integrität der Würde des Tieres, Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Tierrechte sind eine Analogie zu Menschenrechten. Diese sind universal und allgemein gültig, auch wenn sie viele Staaten und juristische Systeme missachten. Kampf für Tierrechte ist ein Stellvertreterkampf. Es braucht aber auch in vielen Fällen von Menschenrechtsverletzungen „Stellvertreter“, die als Lobby der Entrechteten für die Einhaltung der universalen Menschenrechte kämpfen. Auch wenn es die Speziesisten gerne so hätten: Nichtmenschliche Tiere sind nicht stumm, sondern stumm gemacht worden. Tierrechtler nehmen die Lebens- und Leidensrealität der unterdrückten tierlichen Individuen wahr und wirken dahingehend, dass ihre Stimmen nicht länger ignoriert werden.

Stichwort Kritische Theorie

Schließlich will die Initiative nicht glauben, dass die Kritische Theorie der Frankfurter Schule etwas für die Befreiung der Tiere beitragen kann. Hierüber kann man streiten. Susann Witt-Stahl, Moshe Zuckermann,

Birgit Mütterich und andere ausgewiesene Kenner der Frankfurter Schule sehen aber Elemente in der Kritischen Theorie bereit liegen, die auch anwendbar sind auf den Prozess der Befreiung der Tiere. Ein solches Element ist das „Wolkenkratzergleichnis“ Horkheimers. In diesem bezieht er als einer der ersten Intellektuellen die nichtmenschlichen Tiere als unterdrückte und versklavte Entrechtete in die Herrschaftskritik mit ein. Horkheimer stellt die moderne Gesellschaft als ein Gebäude dar, dessen Keller ein Schlachthof und dessen Dach eine Kathedrale ist. Die „Herren der Welt“ genießen „aus den Fenstern der oberen Stockwerke eine schöne Aussicht auf den gestirnten Himmel.“ Darunter wohnen komfortabel die politischen Handlanger, die Militärs, die Bildungseliten. Je tiefer der Blick sich aber senkt hinab zum Fundament, desto deutlicher wird, dass der Wolkenkratzer tatsächlich ein Haus der Folter und des Massenelends ist, für dessen obere Stockwerke „millionenweise die Kulis der Erde krepieren“. Ganz unten steht die „Tierhölle“, in der den Individuen nichts anderes bleibt als „der Schweiß, das Blut, die Verzweiflung“. Das Verhältnis von Mensch und Tier ist ein despotisches Herrschaftsverhältnis. Hier wird am gründlichsten Aufspaltung, Verdinglichung und Hierarchisierung praktiziert. Außerdem macht Witt-Stahl darauf aufmerksam, dass die Frankfurter Schule in der Leidensfähigkeit die Schnittstelle zwischen Subjekt und Objekt sieht: Das Leiden übergreift die Speziesgrenze und verbindet Mensch und nichtmenschliches Tier. Eine weitere Ausblendung der Tiere aus der Herrschaftskritik würde heißen, an der Aufrechterhaltung von Herrschaftsmechanismen aktiv weiter beteiligt zu sein.

Stichwort Leiden

Die Initiative schreibt zum Schluss: „Dass Lebewesen, die ‚Freude und Glück empfinden‘ kein Leid widerfahren sollte, ist nichts weiter als ein moralisches Postulat.“ Doch fragen wir: Was ist am Leid der nicht-

menschlichen Tiere anders als am Leid der Menschen? Leiden ist Leiden und Gewalt ist Gewalt. Tierrechtlern geht es nicht um irgendeine Ethik, sondern um Ideologiekritik. Es ist der Speziesismus, der uns glauben macht, dass nichtmenschliche Tiere etwas ganz anderes und minderwertiges seien. Es ist der Speziesismus, der tierliche Individuen in die Sklavenrolle zwingt, ihren Willen auslöscht und sie benutzt.

Das ganze Flugblatt der Initiative atmet diesen Geist des Speziesismus – die Degradierung der Tiere und ihr Opferstatus gilt als selbstverständlich und legitim. Tierrechtler erinnern dagegen an die nichtmenschlichen Tiere als Subjekte, sind solidarisch mit ihnen und bekämpfen die institutionalisierte speziesistische Gewalt gegen sie. Und diese beginnt wie so vieles im Denken.

Um das speziesistische Denken zu verändern, initiierten wir die Veranstaltungsreihe „Life is Life?“. Leider trägt die Verbannung der Schlachthöfe und Mastfabriken aus unserem Sichtfeld dazu bei, dass wir auch die Frage nach den Rechten der Tiere aus unseren Diskursen verbannen. Vielleicht befördert diese Debatte um „Life is Life?“ ein weitergehendes Nachdenken mit dieser Frage. Wir versuchen jedenfalls weiter, solidarisch mit nichtmenschlichen Tieren zu sein und an dem eingefleischten Denken zu rütteln, das Tiere zu restlos rechtlosen Nutzungsobjekten verurteilt.



Wer über den persönlichen Ausstieg aus der Tierausbeutung aktiv für Tierrechte werden möchte, schaue unter www.aa-o.de.

ERNST BLOCH:

„Es ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen, und das Bewußtsein ist nicht mehr aus der Welt es einen Prozeß gibt, und Front dieses Weltprozesses ist, schon im Schwange



Über Praxis und Utopie, Kommunismus und Religion

zu schaffen, daß daß wir Menschen an der vordersten stehen; daß es in unsere Hände gegeben befindliche Möglichkeiten zu befördern.“ (1)

Der Begriff der konkreten Utopie scheint in den gegenwärtigen Diskursen, ob spezifisch in den wissenschaftlichen oder den allgemein politischen, ein Schattendasein zu führen. Obwohl sich in jeder Prognose und in jeder Reform konkret Utopisches finden müsste, wird Utopie heute als unmögliche Vision begriffen, als bloß Abstraktes ohne jeden konkreten Gehalt gewertet und beiseite geschoben. Doch sind wir bereits an einem Punkt der gesellschaftlichen Organisation angelangt, an dem wir der heilsamen Kraft der Utopie nicht mehr bedürften? Ist etwa der Kampfplatz des Noch-Nicht-Gewordenen vollends aufzugeben? Ich meine: Nein!

Setzt man sich also die Frage vor, was denn nun genau zu verstehen wäre unter dem Begriff der konkreten Utopie, oder etwa unter dem Prozeß der Konkretisierung von Utopischem, läßt sich ziemlich schnell feststellen, daß der Bedeutungshorizont dieses Begriffs vielschichtiger ist, als die bloße Phrase im ersten Moment suggeriert. Denn: Wie konkret kann eine Utopie überhaupt sein? Oder: Wie kann sich in etwas Konkretem Utopisches überhaupt verbergen? Und welche Entwicklung ist das, bei der sich ein utopischer Gehalt konkretisiert? Das Analysefeld ist weit auffächerbar.

Der letzte Optimist...

Der Akademiker und Philosoph Ernst Bloch, tätig auch zwischen 1948 und 1957 (zwangs-emeritiert) in Leipzig, hat hierzu schon 1918 in seiner Schrift „Der Geist der Utopie“ (2) weitreichende Untersuchungen angestellt. Seine Überlegungen gipfelten in der richtungweisenden Arbeit „Prinzip Hoffnung“ (3), die er wesentlich während der Zeit seines US-amerikanischen Exils zwischen 1938 und 1947 niederschrieb. In sei-

ner Ausführlichkeit darf Bloch deshalb zu recht zu den letzten großen Optimisten zählen. Erstaunlich, denn fast parallel entsteht die „Dialektik der Aufklärung“ (4) von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, ebenfalls im US-amerikanischen Exil verfaßt, und begründet in gewissem Sinne den post-marxistischen Pessimismus des 20. Jahrhunderts. Zwei gewissenhafte Rezeptionen der Marxschen Theorie im Angesicht der nationalsozialistischen Greuel, die kaum unterschiedlicher ausfallen konnten. Die Erkenntnis der barbarischen Momente menschlicher Aufklärung und Mündigkeit und die tiefe Verzweiflung über die Abwesenheit eines gesellschaftsrevolutionären Subjekts auf der einen, der unerschütterliche Glaube an das Offenbarte Marxens und die schöpferischen Kräfte des Menschen auf der anderen – kritiklos ist wohl keiner Seite recht zu folgen. Weder Adornos beinahe neurotischem Zwang, gegen einen möglichen guten Ausgang der Geschichte anzuschreiben, noch Blochs geradezu pathetischem Humanismus und seiner pseudoreligiösen Erbaulichkeit. Heute, im Zeitalter des Zynismus, das kein Gewissen gegenüber dem Morgen mehr kennt, wird Adorno gelehrt und gefürchtet, Bloch dagegen geehrt und vergessen – Ironie der Geschichte.

...ist und bleibt ein Idealist.

Die Zugänge zum Blochschen Werk sind in vielerlei Hinsicht verstellt gewesen. In der DDR nach seiner offenen Parteinahme für die ungarischen Aufstände 1956 totgeschwiegen, 1961 von einer neuen Mauer an der Rückkehr gehindert, blieb er auch in der BRD ein mißliebiger Findling, ob seiner marxistischen Überzeugung und unverhohlenen Unterstützung der studentischen Unruhen von 1968. Dort als Pseudo-Materia-

list verpönt, hier als Marxist denunziert. Und tatsächlich, fast scheint es so, als wollte Bloch dem Marxismus neues Leben einhauchen, indem er gegen die Orthodoxie der Parteiadepten den Idealismus des jungen Marx betont, indem er die Frage nach dem Klassenbewußtsein aus ihrer materialistischen Verengung befreit. Dem Blochschen, neu kreierten Kommunismus sieht man deutlich die 100jährige Distanz zum Hegelschen System des absoluten Idealismus an, seine Polemik gegen dessen universellen Positivismus fällt im Unterschied zum jungen Marx deutlich sanfter aus. Bloch sieht wieder, daß alles Gewordene auch immer schon in Begriffen ist, daß wenn der Hunger zur Arbeit an der Natur aufruft, auch schon ein Begriff desselben gegeben ist, also eine unmittelbare Erfahrung dem Menschen verwehrt bleibt. In diesem Sinne ist die Blochsche Konzeption keineswegs eine materialistische. Würde man das Wagnis eingehen, eine Tradition des deutschsprachigen Idealismus zu konstruieren, wäre Bloch nach dem kritischen Idealismus Immanuel Kants, dem subjektiven Idealismus Gottlieb Fichtes und dem absoluten Idealismus Hegels, und eben neben den negativen Idealismus Adornos einzuordnen: vorsichtig begriffen als konstruktiver bzw. historisch-konkreter Idealismus. Dagegen würde Bloch selber freilich opponieren. Der Anspruch seiner Philosophie ist es ja gerade, den scheinbaren Zwiespalt zwischen Idealismus und Materialismus durch eine neu geordnete Ontologie, also einer Lehre vom Sein, aufzulösen. Daraus ergibt sich die manchmal verwirrende, aber äußerst fruchtbare Mischung aus kommunistischer und religiöser Konzeption, die der pantheistischen Weltanschauung Friedrich Hegels letztlich viel ähnlicher ist, als etwa den Praxisüberlegungen,

der Kapitalanalyse oder der Klassentheorie Marxens.

„Nur ein Atheist ist ein guter Christ.“

Bloch ist der jüdisch-christlichen Tradition des Chiliasmus (5) tief verbunden. In seinen Texten weist er immer wieder ein umfangreiches Quellenwissen nach und bedient sich gern und ausgiebig aus der bildreichen Metaphorik der geheiligten Schriften. Sein Pantheismus, also die Vorstellung eines alles, weltlich und überweltlich, durchdringenden Gottes ist dabei aber noch viel radikaler als der Hegels, dessen einfacher Gedanke, daß Gott und die Welt als Ganzes Eines wären, eben identisch, 200 Jahre zuvor genug Anlaß gegeben hätte, ihn samt seinen gesammelten Schriften öffentlich auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen. Bloch dagegen will nicht nur die christliche Tradition pantheistisch begründen, er will sie quasi revolutionieren durch ein neues Programm.

Was die beiden radikalen Denker weiter verbindet, ist ihr idealistischer Zugang zur Geschichte, der es ihnen ermöglicht, die ganze Tragweite der religiös tradierten Vorstellungen für die moderne Gegenwart zu ermesen. (6) Ein historischer Zugang, der dem orthodoxen Marxismus stets verschlossen bleiben mußte, und dem gesamten Projekt der materialistischen Geschichtsschreibung einen merkwürdig instrumentellen Rechtfertigungscharakter verleiht. Während Marx bspw. seine Theorie als das ganz Neue einer neuen Zeit begreift, erscheint dieselbe für Bloch „nur“ als aktueller Gipfelpunkt einer umfassenden Entwicklung. Ganz wie Hegel hat er die Vorstellung einer sich zur Vollen- dung hin entwickelnden Welt, insofern der Mensch denkend handelnd in sie eingreift. Beide haben ein Konzept von Geschichte, das qualitative Sprünge (Revolutionen) und gleichbleibende Zwecke (Reformen) miteinander verbindet. Und dennoch stehen die beiden Rücken an Rücken, wenn sie ihre Philosophien konzipieren. Hegel, der liberale und reputierte Akademiker, interessiert sich für die durch die Geschichte hindurch bewußt gewordenen, sich dem Zweck nach gleichgebliebenen Wahrheiten, für das Ganze dessen, was gewußt werden kann. Bloch dagegen zielt geradezu auf den Gegenentwurf

zum Gewordenen, seine zentrale Kategorie ist die des Noch-Nicht-Gewordenen, des Noch-Nicht-Gewußten, des zu Erhoffenden, zu Erträumen, zu Erfindenden. Im Blochschen Reich herrscht keine Gewißheit und Notwendigkeit, sondern Latenz, Möglichkeit, Ambivalenz, mehr Eros als Logos. Gerade das hält ihn aktuell. Der Mensch als denkendfühlendes und handelndes Wesen, der vorwärts schaut, auf das Kommende, das erträumt, ersehnt und erhofft wird, getrieben von der inneren Not, unvollendet zu sein, und den Potenzen der ihn umgebenden Natur. Freilich, solch optimistisch inspirierende Kraft konnte sich nicht aus der Gegenwart seiner Zeitgenossen allein speisen, dafür waren die Umstände seines Lebens zu gewaltig, von Krieg zu Krieg, von Exil zu Exil. Es bedurfte eben jenes Rückgriffs auf die Religion und die in sie eingeschlossenen und überlieferten Ideen. Ja, Bloch geht sogar soweit, eine Neudeutung der Schöpfungsgeschichte vorzugeben, dernach das Paradies erst am Ende der Geschichte auf den Menschen warte, Christi Himmelreich auf Erden. Damit kann er zwar in Anspruch nehmen, den ungeklärten Bruch zwischen Politik und Religion, wie Hegel ihn schon markiert hat, thematisiert zu haben, befriedigend lösen kann das Problem m.E. aber nicht. Zwar zeigt er die Gefahren auf, die sich aus dem aufkeimenden Atheismus in der bürgerlichen Revolution entwickeln, und weist hier dem Nationalsozialismus einen wichtigen Platzhalter zu, dennoch steht sein beinahe naiv humanistischer Optimismus in auffälligem Kontrast zu den historischen Vorgängen seiner Zeit. Dem stets Unvollendetem die Vollendung auf Erden zu versprechen bleibt Propheterie. Deshalb gilt für Bloch auch: „Nur ein Christ ist auch ein guter Atheist.“

Zur konkreten Utopie

Ich hatte bisher versucht aufzuzeigen, inwieweit man die Blochsche Konzeption des Utopischen mit dem Idealismus verbinden muß, um seine kommunistische Haltung zu verstehen. Sein Marxismus ist eben gar nicht materialistisch geprägt, im Gegenteil aktua-

lisiert er den Marxismus, indem er ihn in ein idealistisches Konzept einbindet. Der Mensch kommt nicht nur durch die Erfahrungen gemeinsamer Organisation am Arbeitsplatz zur Erkenntnis notwendiger Veränderungen, viel weiter noch gefaßt, geht Bloch davon aus, daß der Mensch als „Mangelwesen“ stets und in allen Zeiten nach der Veränderung seiner Verhältnisse strebt. Glauben, Hoffen, Utopie – im tätigen Kampf mit der Gegenwart greifen wir beständig nach dem, was noch nicht geworden ist, was seiner Verwirklichung noch harret. Diese beständige „Frontsituation“ des Menschen ist die anthropologische Konstante, die er behauptet und an vielen Phä-



nomenen der Alltagswelt belegt. Doch weiß er ebenso um das Meer hoffungsloser Tagträume, leerer Visionen und falscher Programme, das zwischen den Menschen braust. Um also die gehaltvollen von den sinnlosen Utopien trennen zu können, benötigt er eine weitere Bestimmung,

deshalb seine Rede von der konkreten Utopie. Leider muß man sagen, daß gerade bei der Frage nach diesem Konkreten Blochs schwächste Punkte liegen. Er traut zwar auch dem inneren Drängen des Menschen ein positives Gerichtetsein zu, dieser Optimismus wäre jedoch allzu naiv. Vielmehr muß es jetzt auch eine äußere, weltliche Tendenz geben, die bereits Noch-Nicht-Gewordenes anzeigt – „Die Welt ist im Schwange“ mit Blochs Worten. Diese Tendenzen mit tätigem Geist zu erkennen und das in ihnen vorscheinende zu verwirklichen, ist für ihn der Weg der konkreten Utopie. Jetzt versteht sich auch, welche Stellung für ihn die Marxsche Theorie überhaupt hat. Sie ist für ihn die konkrete Utopie der Moderne. Oder, viel weiter noch gefaßt und auf den Blochschen Pantheismus hin gelesen, der Kommunismus ist für ihn die neue Religion des Christentums. Das Verhältnis von Konkretem und Utopischem, von Gewordenem und Noch-Nicht-Gewordenem bleibt dabei kritisch. Denn der

Idealismus und Materialismus der Aufklärung hatten ja gerade über die Religionskritik herausgestellt, daß der Bereich des menschlichen Wissens auf das bereits Verwirklichte beschränkt ist und dabei die schwierige Position des Erkenntnissubjektes betont. Um die Marxsche Theorie also zu verstehen und ihren konkreten Gehalt zu prüfen, müßte man sie aus dieser Perspektive zuallerst problematisieren. Bloch behauptet aber, sie wäre bereits Ausdruck eines konkret Wirklichen und macht sich so zu ihrem Propheten. Daran allerdings, daß die Arbeiterklasse die Macht über die Produktionsverhältnisse an sich reißt, kann man auch mit Bloch nur guten Willens glauben. Und angesichts des Aufstieges der modernen Nationen, der faschistischen Bewegungen und dem Niedergang der Gewerkschaftskultur drängt sich heute viel mehr die Frage auf, in welchem „Schwange“ die Welt überhaupt ist bzw. wie konkret die kommunistische Utopie des Marxismus gegenwärtig noch ist. Dieser Skepsis hat sich Bloch freilich zeitlebens nicht ausgesetzt. Lange Zeit hat er den Sozialismus der DDR-Protektion verklärt und

„Der Mensch lebt noch überall in der Vorgeschichte, ja alles und jedes steht noch vor der Erschaffung der Welt, als einer rechten. Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt sich an der Wurzel fassen.“ (7)

am Stalinismus festhalten wollen. Dennoch: Seine Überlegungen zur Utopie als einer spezifischen Art der säkularisierten Religion sind beachtenswert. Der Identitätszwang des Politischen, der sich sowohl in der massenhaften National-Kultur der modernen Staaten, als auch in den Abgrenzungsbedürfnissen innerhalb politischer Bewegungen zeigt, nähert die Politik tatsächlich der Religion an, aus der sie einst in radikaler Abwehrhaltung entstand. Und hier gilt es auch, weiterzudenken, bzw. mit Blochs Worten, durchs Denken das hier Vorgelegte zu überschreiten.

(clov)

- (1) Bloch, Ernst „Abschied von der Utopie?“, Suhrkamp, Frankfurt (M.), 1980, S. 63
- (2) Bloch, Ernst, „Der Geist der Utopie“, Suhrkamp, Frankfurt (M.), 1980 (1923)
- (3) Bloch, Ernst, „Das Prinzip Hoffnung I-III“, Suhrkamp, Frankfurt (M.), 1985 (1959)
- (4) Adorno, Theodor W. u. Horkheimer, Max, „Dialektik der Aufklärung“, Fischer, Frankfurt (M.), 2004 (1944)
- (5) mit der ganzen Gewalt eines lexikalischen Verständnisses gesagt: Religiöse Haltung, die mit dem baldigen Eintreten eines herrlichen tausendjährigen Reichs rechnet, das die Weltgeschichte beendet.
- (6) In ähnlicher Weise versucht der Soziologe Max Weber im frühen 20. Jahrhundert, den „Geist des Kapitalismus“ aus dem Protestantismus heraus zu begründen.
- (7) Bloch, Ernst, „Das Prinzip Hoffnung I-III“, Suhrkamp, Frankfurt(M.), 1985 (1959), Band III, S. 1628

Britta und der Anarchismus.

Liebe Britta;
mich treibt es in den Keller; zu ernst bin ich um jede Zeile. Weinen möchte ich. Dann nimmt mir jemand das Gefühl, und ich gehe. Glaube alle Menschen hinter mich zu lassen – vergesse sie einfach. Suche sie nur wenn sie da sind. Die Ereignisse und die Vielzahl der Welten erschlagen mich, solange sie mich noch erreichen. Mein Pathos – mein Ich und meine Melancholie – gehören mir. Lasst mich damit in Ruhe. Ich will und brauche nicht mehr. Ich bin weinerlich und einsam – na und?
Im Tränenglanz restlosen Glücks tanze ich dahin damit. Einen dicken Kuss auf deinen schönen Lippen,
Jürgen.

Jürgen,
gegen deine peinliche Selbststilisierung kann ich nichts sagen. Wie sollte ich darüber urteilen? Warum erzählst du mir davon, wenn du deiner Einsamkeit wegen den Menschen vergessen willst? Abgesehen davon glaube ich dir nicht. Ich glaube vielmehr, dass du dir selbst nicht erlaubst, was du so festlich an mir vorbei schleuderst. Dein Rückzug in die bleiche Welt der Phrasen hat nichts mit den Wörtern zu tun, die Einsamkeit beschreiben könnten. Deine Version tauscht Suppengrün gegen Fettaggen – deine Einsamkeit ist ein Fettfleck am Weinglas, nicht mehr. Was du tust ist destruktiv. Den Kuss kannst du dir sparen für schlechtere Zeiten – vielleicht richtet er sich dann tatsächlich an mich. Darf ich dich daran erinnern, das du selbst am lautesten geschrien hast, das Zwischen den Menschen als Begegnung von emotionalen Löchern hinwegzuheben; dass vom Einzelnen verlangt wird sich zu verbinden – nicht deshalb weil es dann schöner und gemütlicher wird, sondern weil wir uns nicht von dem abhängig machen dürfen, was wir nicht wollen. Weder von der Zentral-Welt, noch vom Ruß der Maloche wollten wir uns diktieren lassen. Wir müssen irgendwie zusammenarbeiten, aus praktischen Gründen, weil wir nicht nur so existieren wollen. Das ist keine Utopie, das ist Vernunft. Es wird verlangt sich äußerlich, strukturell, zu verbinden. Es geht in erster Linie um Praktisches und ums Geld. Wer dann einsam ist oder nicht, ist scheißegal. Das ist nicht der Punkt. Wir brauchen unsere eigenen sinnvollen gesellschaftlichen Maßstäbe, mit denen wir arbeiten können; in allen Lebensbereichen und somit als Grundlage für unser Weiterkommen bis dahin. Solange du aber deine Biographie in Büchern sehen willst, und Mythen um dich baust, wird sich nichts tun, denn diese Strukturen, von denen ich spreche, existieren nicht ausreichend. Also.

Traurige Grüße
Britta.

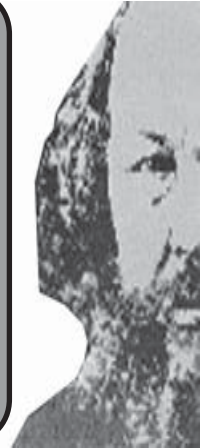
(In Anlehnung an die Textproduktion „Warum wir nicht scheitern“, Uraufführung im Rahmen des „Oblokovs ErbInnen“.

lage aus der Theater-tern dürfen“ der freien Gruppe „Liberterz 06“ am 12.05.06), Jan B.

Macht Gemeinsam Freiheit

Michail Bakunins Begriff von Freiheit

Im Folgenden soll anhand der politischen Philosophie des Anarchisten Michael Bakunin (1814-1876) eine andere Sichtweise auf Freiheit untersucht werden. Dabei soll es nicht primär darum gehen, Bakunins Freiheitsbegriff auf seine systematische Wasserdichte zu untersuchen um dessen theoretischen Gehalt zu prüfen, sondern dieser Text soll nur einige Punkte seines politischen Denkens betrachten, auf der Suche nach dem Brauchbaren. Es soll auch nicht auf die vielen Widersprüchlichkeiten in Theorie und Praxis des politischen Daseins Michail Bakunins eingegangen werden, als vielmehr anhand seines Hauptwerkes „Gott und der Staat“ seine Vorstellung von Freiheit im Mittelpunkt stehen. Bakunin selber verbrachte fast sein ganzes Leben als „Berufsrevolutionär“ auf den Barrikaden der zahlreichen Revolten Europas im 19. Jahrhundert. Gab es gerade keinen Aufstand, widmete er sich dem Schreiben politischer Schriften, die oft auch Erfahrungsberichte seiner politischen Praxis waren. Die ersten Manuskripte zu „Gott und der Stadt“ erschienen 1871. Freiheit galt für Bakunin durch alle Widersprüchlichkeiten seines politischen Schaffens hindurch als zentrale Kategorie seiner Überzeugung



Freiheit ist der wohl bewegendste politische Begriff der Moderne. Wenn heute aber auf der politischen Bühne über mehr Freiheit für den Bürger lamentiert wird, heißt das in der gesellschaftlichen Praxis für viele Menschen in erster Linie Abbau von (sozialer) Sicherheit, Stagnation, Rückschritt oder Ohnmacht. Mitunter zu Recht wird geklagt, dass diese prophetisch versprochene Freiheit nur ein paar wenigen Menschen zugute kommt. Denn diese propagierte Freiheit kann nicht verhüllen, was sie ist: Einschränkung der eigenen Möglichkeiten, ein Mehr von Macht für eine Minderheit. Sicherheit

steht der Freiheit für alle diametral gegenüber. Das Eine scheint nur unter Verzicht des Anderen greifbar. Wenn die Einen laut zur ökonomischen Liberalisierung aufrufen, um endlich Freiheit zu erreichen, schreien die anderen nach Vater Staat, der einen Garant ihrer Freiheit darstellen soll. Und umgekehrt. Ganze Parteien repräsentieren die eine oder die andere Seite, oder behaupten es zumindest, und schwimmen damit hin und her zwischen Freiheit und Macht.

Was aber kann mensch unter Freiheit verstehen und wodurch ist sie bedingt. Heißt Freiheit nur Freiheit der Wahl, dann ist sie begrenzt durch die Anzahl ihrer Wahlmöglichkeiten. Geht Freiheit aber nicht über die Grenze schlichter Wahlmöglichkeit hinaus

und bedeutet sie nicht auch Selbstverwirklichung?

Gott als Produkt der Einbildung

Der Mensch folgt in der Theorie von Bakunin einem Entwicklungsgang hin zur Freiheit. Freiheit versteht er dabei als die Höchste Seinsstufe menschlichen Strebens. Stück für Stück emanzipiert sich der Mensch von seiner tierischen Herkunft – von seiner „Animalität“. Zwei wesentliche Eigenschaften bilden den Motor dieser Bewegung hin zur Freiheit: Das Denken und die Empörung.



Jede Art von menschlicher Entwicklung – somit auch und vor allem die Geschichte der Menschheit – ist Resultat dieses Antriebs, denn der Mensch „begann seine eigene Geschichte mit einem Akt des Ungehorsams und der Erkenntnis, das heißt mit der Empörung und des Denkens.“* Insofern er sich zur Freiheit bewegt, kann der Mensch die Individualität leben, zu der er neigt. Individualität ist also Grundbestandteil menschlicher Freiheit, denn „kollektive Freiheit“ existiert nur „wenn sie die Summe der Freiheit und des Wohlbefindens der Individuen“ (S. 62) darstellt. Der gestärkte Einzelne ist Bestandteil einer humanistischen Gemeinschaft.

Bakunin verortet sich selbst überzeugt als

Vertreter des Materialismus. Das ideologische Feinbild sieht er wie selbstverständlich auf der Gegenseite: dem Idealismus. Seine ganze Theorie neigt zu dieser dichotomen Weltansicht, die sich stark vereinfacht auf die Formel bringen lässt: Materialismus gleich Freiheit, Idealismus gleich Unterdrückung. Besonders in seiner Herrschafts- und Ideologiekritik führt er seine materialistische Denkweise als Mittel ins Feld, um gegen „falsche Einbildung“ vorzugehen. Unter den Begriff Materialismus versteht er die Philosophie, die das Sein von der Materie ableitet, das heißt allein die Stofflichkeit bildet und formt die Wirklichkeit. Er lässt nur das materiell Erfahrbare als Grundlage aller Erkenntnis gelten. Die Abwertung des Stofflichen im philosophischen Denken der Idealisten und das Hervorheben abstrakter Ideen als Ursache des Ganzen, führe, Bakunin zufolge, unweigerlich zur Einbildung von Gott. Indem aber nur die (Gottes-)Idee als wahr gelten darf, wird das, was wirklich empirisch sachlich nachweisbar ist, zur bloßen Einbildung und das Eingebildete zum einzig Wahren.

Gott ist nicht empirisch nachweisbar und so nach wissenschaftlichen Maßstäben nicht existent. Glaube entsteht als solcher für Bakunin aus ideologischer Indoktrinierung zum Zwecke der Herrschaftssicherung, sowie aus Flucht aus der wirklich wahrnehmbaren, kalten sozialen Umwelt. Die Verabsolutierung der Idee stellt diese über die Wirklichkeit und beginnt das Humanum nur zu verwalten, nicht die Inhalte an den konkreten Verhältnissen zu messen.



„Denn wenn Gott existiert, ist er notwendigerweise der ewig höchste, absolute Herr, und wenn ein solcher Herr da ist, dann ist der Mensch der Sklave; wenn er aber Sklave ist, sind für ihn weder Gerechtigkeit noch Gleichheit, Brüderlichkeit, Wohlfahrt möglich.“ (S. 125)

Bakunin zufolge produziert das Prinzip der idealistischen Logik, egal in welcher spezifischen Ausprägung es sich zeigt, automatisch eine Herrschaftskonstellation. Die abstrakte Idealisierung steht ausnahmslos im Widerspruch zur Freiheit. Die Bedingung der Möglichkeit von Freiheit ist demnach die Einsicht in die Abschaffung aller abstrakten Prinzipien. Damit kann Freiheit nur vom materialistischen Standpunkt her Wirklichkeit werden. Freiheit aus idealistischer Sicht, versteht Bakunin als pure Metaphysik, fernab jeglicher realistischen Verwirklichung. Der idealistische Standpunkt muss abstrakt bleiben, weil ihm die Einsicht in die materiellen Gegebenheiten des Menschen fehlt, deswegen kann er die Voraussetzung der wirklichen Freiheit gar nicht entdecken. Bakunin versucht, Freiheit als etwas rein Konkretes zu fassen, was sich verwirklichen kann, dabei aber keine bloß abstrakte Idee ist. Die Idee Gott verklärt die Wirklichkeit, so könnte man mit Bakunin theoretisch sagen. Oder historisch: Auch im Zuge der bürgerlichen Revolution und der damit einhergehenden Säkularisierung wurde sich nur von der Institution Kirche emanzipiert, nicht von deren idealistischen Selbstverständnis. Herrschaft überdauerte so die Freiheitsstürme in der Konstruktion des bürgerlichen säkularen Staates. Als Verwalter der idealistisch verstandenen Freiheit wird der Staat in der Moderne zur religiös tradierten Instanz gottähnlicher Herrschaft – das erklärt zumindest seine Ausuferung.

Bürgerliche Staatsideologie

Herrschaft, resultierend aus dem göttlichen Prinzip, reproduziert sich auch im liberalen

Staatsmodell. Zwar auf andere Weise, diesmal unter dem Banner der Freiheit, aber nur als verabsolutierte Idee, die verwaltet wird. Liberalismus ist im bakuninschen Verständnis eine Art politisierter Idealismus. Er kritisiert, dass liberalistisch verstandene Freiheit nur im Individuum möglich ist und selbiges stellt auch die Grenze dieser Freiheit dar. Eigentum und die Reduzierung menschlicher Assoziation auf die Kleinfamilie sind Grundpfeiler dieses Verständnisses. Der Staat soll die liberale Freiheit schützen und wird dadurch zum Tyrann.

„Sie nennen sich Liberale, weil sie die persönliche Freiheit als Grundlage und Ausgangspunkt ihrer Theorie nehmen, und gerade weil sie diesen Ausgangspunkt oder diese Grundlage haben, müssen sie infolge einer verhängnisvollen Konsequenz, bei der Anerkennung des absoluten Rechts des Staates ankommen.“ (S. 126)

Der Ausgangspunkt, Freiheit als angeborene Idee zu betrachten, bleibt für Bakunin in idealistischen Mauern gefangen und kann sich nicht verwirklichen. Freiheit klebt durch ihren göttlichen Ursprung so fest am Individuum, dass dieses nicht Grundlage ihrer Verwirklichung, sondern ihr Gefängnis darstellt. Das macht die liberale Freiheit nur außerhalb einer Gesellschaft möglich; die einzelnen Ideale stoßen sich nur gegenseitig ab. Daher die Trennung von Freizeit und Arbeit, Öffentlichem und Privatem. Das freie Individuum ist sich Selbst das Nächste. Die Vereinzelung gerinnt zur Tugend. Gesellschaft muss staatlich verwaltet werden. Solche Freiheit führt zum Staat und nicht andersherum.

„Jedes [Individuum] mit einer unsterblichen Seele und einer Freiheit oder einem freien Willen, die ihnen nicht genommen werden kann, absolute und als solche in sich und durch sich selbst vollkommene Wesen, die sich selbst genügen und niemanden nötig haben.“ (S. 129)

Freiheit wird als höchstes Ideal postuliert, zerbricht aber an der materiellen Wirklichkeit und wird zur absoluten Herrschaft. Bakunin liest die Entwicklung des modernen Staates als zynische Folge eines idealistischen bzw. idealisierten Freiheitsverständnisses.

Deswegen versucht er Freiheit materialistisch zu fassen. Als Produkt einer materiellen Welt und nicht als unabhängige Größe. In dieser Lesart beginnt der liberal-bürgerliche Grundfehler schon in dem Verständnis, Freiheit außerhalb gesellschaftlicher Organisation zu verorten und nur im Individuum zuzulassen. Freiheit ende dort, wo die Freiheit des anderen beginne – so das Credo. Solche Freiheit versteht das andere Individuum per se als Einschränkung der eigenen Möglichkeiten. Bakunins Verständnis von Freiheit fängt jedoch dort erst an, wo die Bürgerlichkeit aufgibt – beim Anderen. Er hält dem Bürger entgegen, dass Freiheit nur durch den anderen wirklich geschaffen werden kann, sich also durch Gesellschaft konstituiert und nicht durch sie beschnitten wird.

Da er die Menschwerdung als materielle Entwicklung zur Freiheit begreift, schließen sich für ihn ewige Ideen als Voraussetzung aus. Der Mensch wird also nicht freigegeben, sondern gelangt erst zur Freiheit vermittelt durch die Gesellschaft. Der Mensch hat seine Freiheit nicht von oder durch Geburt und nur für sich, sondern gerade durch und in Geselligkeit mit Anderen, das ist Bakunins Punkt.

Durch Gesellschaft zur Freiheit

„Zunächst kann er weder dieses Bewusstsein noch diese Freiheit haben; er kommt in die Welt als wildes Tier und als Sklave, und nur im Schoße der Gesellschaft, die notwendig vor der Entstehung seines Denkens, seiner Sprache und seines Willens da ist, wird er fortschreitend Mensch und frei.“ (S. 131)

Der ideale Mensch genügt sich selbst und hat als logische Folge die Vereinzelung, er ist a-sozial. Als Miteinander kennt er nur den Kampf Aller gegen Aller, die der Staat zentral organisiert. Kollektivität ist dagegen gar nicht als Beschneidung des Individuums zu verstehen, wie so oft naiv oder diffamierend über sie geurteilt wird. Im Gegenteil ist sie die notwendige Voraussetzung, um überhaupt frei sein zu können. Individuelle Freiheit und Individuum werden durch gesellschaftliche Kollektivität erst gesetzt. „Der isolierte Mensch kann kein Bewusstsein seiner Freiheit haben.“ (S. 131)

Das Bewusstsein zur Freiheit des Menschen entsteht aus einer freiheitlichen gesellschaftlichen Ausgangslage, denn wenn sich Freiheit durch den anderen konstituiert, muss der Einzelne „von allen ihn umgebenden Menschen als frei anerkannt werden“ (S. 132). Das gilt auch im Gegenzug, für das Individuum. Auch das Individuum vermittelt Freiheit, denn „nur solange ich die Freiheit, und das Menschentum aller Menschen, die mich umgeben, anerkenne, bin ich selbst Mensch und frei“ (S. 132). Seine Freiheit behauptet sich im Zusammenspiel zwischen Individuum und Kollektivität. Freiheit hat sozialen Charakter.

Das Primat der Gesellschaft als Mittler der Individuation des Einzelnen beinhaltet gleichzeitig seine negative Komponente: Da Gesellschaft für das Individuum eine Art zweite Natur darstellt, kann sich der Einzelne der falsch eingerichteten Gesellschaft, d.h. gegen eine Gesellschaft basierend auf dem Herrschaftsprinzip, kaum entziehen. Die Empörung gegen die Gesellschaft ähnelt damit dem Aufbegehren gegen die Naturgesetze. Damit wäre jedoch jede Hoffnung auf Emanzipation hin zur Freiheit aus der unfreien Gesellschaft zum Scheitern verurteilt. Frustration und Pessimismus wären die Folge. Und gerade dieser Punkt macht den Gang zur Freiheit für Bakunin auch so schwierig und markiert auch die Grenzen seiner naiv optimistischen Position des sicheren Ganges zur Freiheit. Deshalb versucht er, das Ganze dynamisch zu denken, als Rebellion. Freiheit bezeichnet Bakunin

auch als „negativ“, als Empörung des menschlichen Individuums gegen „jede göttliche und menschliche, gegen jede kollektive und individuelle Autorität“. (S. 133)

Empörung gegen die subtile Macht einer falsch eingerichteten Gesellschaft, bleibt jedoch schwierig, denn Bewusstsein zur Freiheit entsteht nach Bakunins strenger materialistischer Sichtweise nur aus den richtigen materiellen Gegebenheiten heraus. Der Mensch wäre determiniert durch die Gesellschaft.

Es zeigt sich die Grenze Bakunins naiv materialistischer Theorie. Auch Empörung als Triebfeder des Menschen zur Freiheit zu bescheinigen und Bakunins Glauben in ein positiven Entwicklungsgang des Menschen, bleiben am Ende eben auch nur ein Glaube, dessen Begründung an vielen Stellen nicht befriedigt. Er führt zwar an, dass die Verdinglichung der falschen Gesellschaft als staatliche Macht auftritt und dadurch ihre Gewalt deutlich zu spüren sei. Damit gehe ein Aufbegehren gegen den Staat mit dem Aufbegehren gegen die Macht der falsch eingerichteten Gesellschaft einher. Doch den Staat als Voraussetzung seiner Abschaffung zu bezeichnen, reicht nicht aus.

Darin liegt zwar eine große Schwäche, aber immerhin begehrt Bakunin nicht den Fehler, Gesellschaft und Staat in eins zu setzen. Gerade dies wurde im 20. Jahrhundert immer wieder getan. Nicht dass man Gesellschaftliches mit Staatlichem verwechselt hätte, sondern gerade umgekehrt wurden staatliche Maßnahmen zunehmend als gesell-

schaftliches Tun verklärt. Aber mit Bakunin und über ihn hinaus kann der Staat stets bestenfalls Mittel selbstverwirklichter Freiheit sein, nicht ihr Zweck. Die freie Gesellschaft weist dementsprechend immer über Staat hinaus.

Und hier hat auch Bakunins Konzeption von Freiheit ihr Gewicht: Eine Freiheit, die sich erst in und durch kollektive Praxis verwirklicht. Eine Freiheit, die über das Individuum hinausgeht, um es zu retten. Erst durch eine kollektive Praxis ist es möglich Räume der Freiheit zu schaffen, selbst wenn sie erst einmal nur marginal entwickelt werden können. Freiheit muss als Prozess verstanden werden, der nicht passiv vorhanden ist, oder wie ein Rechtstitel an uns klebt, sondern aus einer Tätigkeit entspringt, aus dem In- und Durcheinander menschlichen Handelns. Und das nicht allein, sondern zusammen. Eine Freiheit, die durch das Kollektiv das Individuum stark und frei macht, ist auch in der Lage, gegen eine gesellschaftliche Übermacht handlungsfähig zu bleiben. Niemand ist alleine in der Lage, seine individuelle Freiheit gegen gesellschaftliche Repression zu erhalten, gerade wenn diese systematisch und totalitär auftritt. Erst als Kollektiv können Räume erschlossen und vernetzt werden. Macht, die Freiheit unterdrückt, ist nur gemeinsam zu bewältigen; das vereinzelte Individuum bleibt immer ohnmächtig.

Karotte

*) Alle Zitate stammen aus Michail Bakunin „Gott und Staat“ Kramer Verlag, 1998.

„Drei Tote könnte jedes Herz ermessen. Doch wir Millionen sind schon heut vergessen, weil wir Millionen vielzuviele sind.“ (Fred Wander)

Im Juni und Juli finden in Leipzig mehrere Veranstaltungen mit Überlebenden nationalsozialistischer Verfolgung statt. Ziel der Gespräche und Vorträge soll sein, dem Vergessen zu trotzen und zu zeigen, wie wichtig gerade heute, wo Rassismus, Antisemitismus und nationalistische Stimmungsmache an der Tagesordnung sind, eine Auseinandersetzung mit dem Holocaust ist. Die Veranstaltungsreihe lässt Menschen zu Wort kommen, die auf ganz persönliche Weise von ihren Erlebnissen erzählen. So findet u. a. ein Vortrag von Hugo Höllenreiner statt, der als gerade einmal 9-jähriger Sinto nach Auschwitz-Birkenau verschleppt wurde, als Mengele-Opfer überlebte und eine Odyssee durch zahlreiche Konzentrationslager erleiden musste. Höllenreiner berichtet über die anfängliche Unfähigkeit, über das Erlebte zu sprechen – erst 1993 gelingt es ihm, seine Lebensgeschichte zu erzählen; er

erzählt über das „Weiterleben“, über das Gefühl, den nachfolgenden Generationen berichten zu müssen und über die „Scham“, zu erzählen, „was der Mengele mit uns getan hat“ (Die ZEIT, 16.03.2006 Nr.12).

Es finden im Wochentakt etwa sieben Veranstaltungen statt, die an das schrecklichste und unerträglichste Kapitel deutscher Geschichte erinnern sollen, an das, was „Menschen aus Menschen zu machen gewagt haben“ (Primo Levi), und die erneut zeigen, wie wichtig der antifaschistische Kampf auch heute noch ist.

Gesucht: Plakatentwürfe – Deadline 1.5.2006, Ideen bitte an den Alternativ Leben e.V., Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig.

Kontakt: Zeitzeuginnen@web.de.

Informationen per: Flyer, Broschüren & Plakate ab dem. 1.5.

Zeitzeugen hören sehen erfahren

...Fortsetzung von Seite 1...

Der Prekarität den Krieg erklärt

Die anarchosyndikalistische CNT bezeichnete das Ausmaß der Mobilisierung, die unabhängig von den großen „repräsentativen Gewerkschaften“ zustande gekommen war, als ersten Etappensieg. Diese Einschätzung sollte sich in den folgenden Wochen bewahrheiten: Vollversammlungen von Studierenden rufen in Westfrankreich erste Streiks aus, Ende Februar erfasst die Bewegung auch Paris und andere Landesteile, und am ersten Dienstag im März vereint die Opposition zum CPE bereits mehr als 700.000 DemonstrantInnen. (Umfragen zufolge lehnen zwei Drittel der französischen Bevölkerung den CPE ab.) Den Pariser Demo-Zug vom 7.3. führten SchülerInnen und Studierende an, gefolgt von verschiedensten Gewerkschaften, ganz hinten liefen die politischen Parteien – begleitet wurde dieser zweite Aktionstag von Streiks im öffentlichen Dienst. Am Tag darauf, an dem die Gesetzesvorlage nachts im Parlament von 76 anwesenden der insgesamt 577 Deputierten verabschiedet wurde, blockierten Studierende den Verkehr vor der Nationalversammlung und besetzten anschließend die traditionsreiche Pariser Elite-Uni Sorbonne. Während die ‚großen‘ Gewerkschaften nun angesichts eines demokratisch legitimierten Gesetzes zögern, halten Studierende 20 von 84 Unis besetzt; aus Furcht vor Auseinandersetzungen sind 25 weitere Hochschulen geschlossen und immer mehr Rektoren fordern den Rückzug des „Ersteinstellungsvertrags“; auch 300 Schulen sind von den Ereignissen betroffen. Dabei beschränken sich die Jugendlichen nicht auf ‚ihre‘ Einrichtungen, sondern blockieren auch immer wieder Zufahrtsstraßen, Bahnhöfe und Parteibüros der UMP.

Mitte März nimmt die Mobilisierung noch zu und findet infolge der gewaltsamen Räumung der Sorbonne am 11.3. auch in deutschen Mainstream-Medien erstmals Erwähnung. Premierminister de Villepin zeigt sich indes nicht zu Zugeständnissen bereit und facht damit den Unmut auf der Straße weiter an: am Dienstag und Donnerstag gehen je eine halbe Million Leute auf die Straße, die Gewerkschaften können sich immerhin zu einem Aktionstag am Wochenende (18.3.) entschließen, an dem 1,5 Millionen teilnehmen. In dieser Situation stellen sie der Regierung ein 48-stündiges Ultimatum, das Gesetz zurückzuziehen – diese lehnt eine „Kapitulation vor den Gewerkschaften“ allerdings ab. So rufen die Gewerkschaften zu einem ersten Aktionstag unter der Woche (Dienstag, den 28. März) auf, zu dem die *Coordinations* schon lange gedrängt hat-

ten: dieser wurde von drei Mio. Demonstranten befolgt, der Schwerpunkt der Streikbewegungen lag im Öffentlichen Dienst mit Beteiligungen zwischen 33 und 66 Prozent (Schulen, Bahn, ÖPNV Paris, Radio, etc), es erschienen auch keine Zeitungen und die Privatwirtschaft wurde durch Verkehrsprobleme getroffen.

Die unabhängigen *Coordinations* sind die treibende Kraft der Bewegung: zum einen setzen sie immer wieder Aktionstage unter der Woche an, denen sich die Gewerkschaften anschließen, um ihr Image nicht zu beschädigen; zum anderen geht es der Basis längst nicht nur um den CPE, sondern um das gesamte Gesetzespaket „für Chancengleichheit“ und einen bereits im August 2005 verordneten weiteren Sondervertrag. Der sog. „Neubeschäftigungsvertrag“ (CNE) stieß seinerzeit auf keinerlei Gegenwehr der Gewerkschaften, obwohl der CNE gänzlich dem CPE entspricht, nur auf einem anderem Feld: Mittels CNE können Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten neue Arbeitsverträge mit zwei Jahren Probezeit abschließen und sind in diesen Fällen von Sozialversicherungsabgaben befreit. In solchen Kleinbetrieben arbeiten gut ein Drittel aller Lohnabhängigen in Frankreich; binnen sechs Monaten wurden bereits 350.000 CNE abgeschlossen, wobei CNE-Kündigungen nicht registriert werden.

Hier nimmt es der DGB-Vorsitzende also nicht so genau bei der Analyse der Situation (23.3.): „In Frankreich soll das nur für Berufsanfänger [CPE] gelten, in Deutschland für alle Beschäftigungsverhältnisse.“ Das ist nachvollziehbar, beschränken sich doch auch die Gewerkschaftsspitzen in Frankreich auf die Opposition gegen den CPE. Den Gewerkschaften scheint Mitte April das Comeback in der politischen Arena gelungen: Nachdem Präsident Chirac am 31.3. den CPE bis zur Abänderung zentraler Punkte (Dauer ein Jahr, Begründungszwang) suspendierte, sollen erneut Verhandlungen mit den Gewerkschaften beginnen. Bereits der Generalstreik am 4.4. war in Paris zur Siegesfeier der Bevölkerung und zum „schwarzen Dienstag“ der Regierung geraten – der Kapitalverband MEDEF räumte nun ein, die „CPE-Krise“ betreffe bereits die Wirtschaft.

Die Anti-CPE/CNE-Proteste sind allerdings nur die vorläufig letzte Woge der Unzufriedenheit: Genau ein Jahr zuvor waren die SchülerInnen gegen eine Schulreform über Wochen hinweg auf die Straße gegangen und hatten u.a. Schulen besetzt (vgl. *Feierabend!* #18). Nach dem verlorenen EU-Verfassungsreferendum im Juni musste die Regierung Raffarin zurücktreten, und im November '05 brannten über Wochen hinweg die Vorständ-

te. Eigentlich aber sehen sich die französischen Regierungen seit 1994 mindestens einmal im Jahr mit einer großen gesellschaftlichen Mobilisierung gegen das eine oder andere Reformprojekt konfrontiert.

All diesen sozialen Bewegungen ist gemein, dass sie sich schnell landesweit ausbreiten, und zwar spontan und unvorhersehbar. Bisher haben es die etablierten politischen & gewerkschaftlichen Organisationen noch verstanden, diese Unruhe zu kanalisieren und zu nutzen – mit Blick auf die Präsidentschaftswahl 2007 kochte die gesamte politische Linke schon ihr Stüppchen auf dem Feuer der Bewegung; die repräsentativ anerkannten Gewerkschaften werden ihr Spitzenabkommen auf den CPE beschränken und die Basisgewerkschaften wie ihre eigene Basis wieder marginalisieren können. Die französischen Autoritäten – d.h. Regierung, Parlament, Verfassungsrat, Präsident, und auch der Erzbischof von Lyon – sind nicht prinzipiell gegen das CPE/CNE-Projekt; vielmehr bedauern sie, dass „die ganze Angelegenheit schlecht eingefädelt worden sei“ und befürworten einen taktischen Rückzug, der am 10.4. vollzogen wurde. (Derweil fürchten UMP-Mitglieder schon, „den Anarchisten und Studenten zu viele Zugeständnisse zu machen“.)

Die weitere Entwicklung wird jedoch entscheidend davon abhängen, ob die Studenten/Schüler-Bewegung in bzw. nach den Osterferien wieder zusammenfindet und ob die Streiks weitergeführt werden, ob also die „unproduktive Unruhe“ (die das *Manager-Magazin* auch für die BRD befürchtet) anhält und die Regierung zu weiteren Zugeständnissen (zur Rücknahme des CNE) zwingen kann. In der Bewegung der letzten Wochen haben tausende junge Menschen (oft erste) Erfahrungen mit Selbstorganisation und direkter Aktion gesammelt, haben gelernt, dass Demonstrationen allein nichts nützen, um sich gegen eine Regierung durchzusetzen. Die „kämpferische Regierung“ der Konservativen indes wurde in ihrer Legitimität erneut geschwächt, da sie zum 3. Mal binnen eines Jahres zu offener Repression (Knüppel, Tränengas, 3.700 Gewahrsamnahmen) gegen eine Jugend aus unterschiedlichsten Milieus Zuflucht nehmen musste – man richtete sogar eigens Schnellverfahren ein, so dass nach der Schülerbewegung vom Frühjahr 2005 und der Banlieue-Aufständen vom Herbst 2005 wohl auch auf die jüngste Bewegung eine Reihe von Straf-Prozessen folgen wird. Bemerkenswert ist zudem, dass die Regierung nun zum 2. Mal ein verabschiedetes Gesetz nicht umsetzen kann, nachdem sie sich von 2002-2004 gegen den Druck der Straße hatte behaupten können. A.E.

„VORSICHT LUKASCHISMUS!“

(K)eine Wahl für Belarus

Wenn es irgendwo in Europa nach Revolte riecht, dann sind die Augen der Kameras und das Ohr der Öffentlichkeit schnell vor Ort. In diesem Fall in Belarus, wo im März tausende Menschen gegen Manipulation und Fälschung der vorangegangenen Präsidentschaftswahl protestierten. Angefeuert von westlichen Akteuren, die auch vor subversiven Mitteln gegen den amtierenden Präsidenten nicht zurückschrecken, konnte in den Nachrichten eine medienwirksame Demonstration kritischer Opposition zum Lukaschenko-Regime gezeigt werden. Schnell kamen Vergleiche mit den Vorgängen in der Ukraine oder Georgien auf, mit einem gebannten Blick darauf, was denn aus diesen mutigen Protestlern für eine „echte“ Demokratie in Belarus werden würde. Nun sind die Tage der Proteste auf dem Oktoberplatz in Minsk erstmal vorbei. Hunderte Teilnehmer und Initiatoren sitzen im Gefängnis*. Alexandr Lukaschenko wurde mit offiziell 82,6% der Wählerstimmen im Amt bestätigt. Vorwürfe der massiven Wahl-Manipulation sind dabei wohl nicht von der Hand zu weisen. Doch die Vorwürfe, die gegen den als „letzten Diktator Europas“ bezeichneten Präsidenten die von verschiedensten Seiten geäußert werden, sind nicht alle so berechtigt, wie hierzulande gern einseitig dargestellt.



Seit zwölf Jahren regiert Lukaschenko nun und hat in dieser Zeit die Verfassung mehrmals zu seinen Gunsten ändern lassen. Laut dieser Verfassung, die 1994 Belarus als „einheitlichen, demokratischen und sozialen“ Staat konstituierte, hätte der Präsident nicht für eine dritte Amtszeit im Jahr 2006 kandidieren dürfen. Doch mithilfe eines 2004 initiierten Referendums ließ er sich vorausschauend von der Bevölkerung mit offiziell rund 80% dafür ermächtigen. Bereits acht Jahre zuvor hatte sich Lukaschenko, ebenfalls durch ein Referendum, mehr Macht-

befugnisse für seine Position eingeräumt, womit ihm seitdem umfangreiche legislative Rechte und die Möglichkeit des Erlasses von Sondergesetzen zustehen. Die durch diese Verfassungsänderung auch neu formierte Legislative in Form einer Nationalversammlung ist in ihrer Bedeutung für die Regierung stark zurückgestellt. Durch diese allmähliche Zurechtstufung der Verfassung, die einer autoritären Restauration gleichkommt, gibt es kaum Chancen, eine Veränderung politisch herbeizuführen. In der jetzigen Nationalversammlung sind ohnehin praktisch keine oppositionellen Kräfte vertreten. Und eine starke, geeinte, fähige Opposition gibt es in Belarus nicht, was verschiedene Gründe hat: Anders als in den meisten GUS-Ländern gab es in Belarus in den 1990ern keine durchdringende „wilde Privatisierung“ der Staats-

betriebe, wodurch sich eine einflussreiche oppositionelle Oligarchenschicht mit direktem Zugang zu den Medien hätte herausbilden können. Rundfunk und Zeitungen sind weitgehend verstaatlicht und freie Medien haben zu schwache Auflagen. Zugang zum Internet, dem noch am wenigsten kontrollierten Medium, ist bisher nur wenigen Weißrussen möglich, auch wenn ihre Zahl steigt. Kundgebungen oder Demonstrationen werden oft nicht genehmigt oder an den Stadtrand verlegt. Teilnehmer illegaler politischer Veranstaltungen werden mit rigoros vorgehenden Sicherheitskräften konfrontiert und mit hohen Geldbußen oder Gefängnis bestraft. Manche Parteien und politische Organisationen werden gleich ganz verboten und es gab auch Fälle prominenter Politiker, die ungeklärt „verschwanden“.

Ein weiteres Problem dagegen betrifft die Opposition selbst. Seit 1994 haben sich mehrere, sowohl westlich orientierte „Modernisten“, die sich liberaldemokratisch und auch nationalistisch präsentieren, sowie die sowjetophilen „Traditionalisten“ in

verschiedenen Parteien organisiert. Dabei verfolgen einige Parteien eher einen Zickzackkurs zwischen Auflehnung und Opportunismus. Einen einheitlichen Oppositionskurs und mehrheitlich akzeptierten Gegenkandidaten gegen Lukaschenko zu finden, blieb auch für die diesjährige Wahl ein großes Problem. Man konnte sich schließlich zwar in einem Bündnis zusammenfinden und einen Kandidaten vorweisen, die Ergebnisse der Wahl fielen dann aber eindeutig aus: Von den insgesamt vier Kandidaten konnte keiner an Lukaschenko auch nur annähernd heranreichen. Seitens der Opposition wurde versucht, durch Anfechtung der Wahlergebnisse eine Neuwahl zu veranlassen, um so, ähnlich wie in der Ukraine oder Georgien, einen Machtwechsel durch Mobilisierung der Massen zu erzwingen. Aber die Proteste in der Wahlnacht und den darauf folgenden Tagen zogen nicht so viele Menschen an, wie vonnöten gewesen wären, um unterstützt durch westliche Drohgebärden genügend Druck auszuüben.

Denn auch wenn die Ergebnisse der Wahlen manipuliert wurden – der Präsident genießt einen stabilen Rückhalt in weiten Teilen der weißrussischen Bevölkerung. Es ist anzunehmen, dass er tatsächlich eine absolute Mehrheit der Wähler hinter sich hatte. Eine vom Volk selbst gewählte Präsidialautokratie also? Offenbar gibt es im Lukaschenkoland, in dem noch 2/3 der Wirtschaft in Staatshand sind, für die Bevölkerung keine ausreichenden Gründe, ihre Situation verändern zu müssen. Einkommen und Renten beispielsweise, werden auf halbwegs befriedigendem Niveau gesichert, die Staatswirtschaft ist relativ stabil und die Landwirtschaft wird gut subventioniert. So genießt der Präsident Popularität vor allem bei den Alten, denen es im Vergleich zur Sowjetzeit sogar etwas besser geht. Viele der älteren Generation trauen den Versprechungen des Westens nicht. Und so stellen sie sich hinter ihren Patronarchen, der sich auch um seinen Nachwuchs kümmert: Perspektivlose oder aufstrebende Jugendliche aus den ländlichen Gegenden und Kleinstädten werden für den abgesicherten Staatsdienst rek-

rutiert und somit loyale Regimebefürworter in die großen Städte geholt. Ein zunehmend in Belarus, wie auch in Russland, geschürtes nationalistisches Pathos wirkt zudem für viele identitätsstiftend und damit das System stabilisierend. Sowjetisches Erbe und orthodox-patriarchale Gesellschaftsstrukturen haben sich auf die politische Kultur des Wahlvolks niedergeschlagen. Autoritätsgehorsam, Neigung zu Konformismus, mangelndes Demokratiebewusstsein und eine nur widerwillige Bereitschaft für wirtschaftliche und politische Reformen haben außerdem zur Popularität von Lukaschenkos Kurs beigetragen.

„ZEIT ORDNUNG ZU SCHAFFEN!“

Doch in Minsk weht den Leuten schon der warme Westwind um die Nase. Vom westlichen Lebensstandard angezogen und durch Massendemonstrationen à la Ukraine ermutigt, wollen auch sie die Vorzüge demokratischer Freiheiten für sich beanspruchen. Da es dabei um elementare Rechte, wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit oder Versammlungsfreiheit geht, welche gerne als Blendwerk kapitalistischer Bestrebungen hochgehalten werden, ist eine Unterstützung der Protestler durch USA und EU gewiss. Schließlich geht es um Sicherheit: Öl- und Gastransite aus Russland, weitere Expansionszonen an den neuen Grenzen der Europäischen Union, strategische Ausweitung des militärischen Einflussbereichs – überhaupt um die Eingliederung in die westliche Familie, wogegen sich Lukaschenko in Orientierung auf den großen russischen Bruder wehrt. An einem stabilen, demokratisch und marktwirtschaftlich ausgerichteten Belarus als neuen Nachbarn hätte die EU großes Interesse. Konflikte mit Polen und anderen Staaten stellen ein Sicherheitsrisiko dar, die diplomatischen Beziehungen sind schon länger gestört. Eine gemeinsame EU-Position bezüglich Belarus fehlte aber bisher. Nach der Wahl gab es viel Aufregung und Proteste seitens verschiedener westlicher Politiker und internationaler Organisationen, die mehr Druck auf Lukaschenko fordern bis hin zu wirtschaftlichen Sanktionen. Ob diese Drohkulisse am Ende den oppositionellen Kräften und liberalen Organisationen wirklich nützt, sei dahingestellt. Und Rufe nach einem Einschreiten

Russlands wirken auch eher unbeholfen, da die Verbindung zwischen Putin und Lukaschenko zwar nicht auf hohen Sympathiewerten beruht, wohl aber auf ähnlichen Interessen.

Ein Kräftefeld also, in dem es keine wirkliche Alternative gibt. Aber es gibt Ansätze kritischer Kultur. Es existiert vor allem in Minsk ein breites Spektrum an politisch, gesellschaftlich und künstlerisch aktiven Gruppen, Initiativen und nicht staatlichen Organisationen, an denen auch viele junge weißrussische Menschen teilhaben. Die Jugendbewegung „Zubr“, der Verband der Jugend-NGO „Rada“ (von staatlicher Seite aufgelöst) beispielsweise oder andere subkulturelle Bewegungen, die sich für eine freie Jugendkultur einsetzen und kritische Literatur, Kunst und Musik hervorbringen. Sie werden meist angeleitet oder unterstützt von ausländischen NGOs und Regierungen und sind schon deshalb ein Dorn im Auge des wachsamem Herrschers. Aber es sind lediglich Ansätze einer engagierten Öffentlichkeit in den städtischen Zentren, deren Unterstützer ständig fürchten müssen, dass ihre Aktivitäten verboten werden und sie ihren Job oder Ausbildungsplatz verlieren. Es ist fraglich, ob große Teile der ländlichen Bevölkerung überhaupt von den Protesten erfahren haben, wenn dann sicher nur in bewährter staatspropagandistischer Weise, was Lukaschenko eher dient als schadet. Sanktionen der EU könnten das nationalistische Klima gegen den „feindlichen Westen“ anheizen und dazu führen, dass sämtliche freiheitlichen Bewegungen weiter eingeschränkt werden.

Von einer Identifizierung mit den so genannten demokratischen Werten ist man, ebenfalls wie in Russland, in den weißrussischen Machteliten weit entfernt. Es liegt also an den jüngeren Generationen, langfristig wirkliche Alternativen aufzubauen, die eine freiere Gesellschaft ermöglichen. Doch der Weg dahin scheint allzu weit entfernt. Die Voraussetzungen für eine offene, selbstgestaltende Gesellschaft sind in Belarus noch schlechter als in der Ukraine, deren Schwierigkeiten und Probleme auf dem Weg in die liberale Demokratie gerade für die einfache Bevölkerung unübersehbar sind. Und was tun, wenn die Kameraaugen sich wieder abwenden und ungesehen von der westlichen Öffentlichkeit weiter die Menschen inhaftiert,

ВРЕМЯ УБИРАТЬ!



eingeschüchtert und festgehalten werden? Die Proteste auf dem Oktoberplatz in Minsk waren ein wichtiger emanzipatorischer Schritt in Richtung Mitbestimmung, was prinzipiell wichtig und unterstützenswert ist. Die Opposition hat mehr Menschen für Proteste mobilisieren können als in all den Jahren zuvor, wohl mit gewachsenem Selbstbewusstsein und dank westlicher Hilfe. Wie viel vom kämpferischen Geist noch vorhanden ist, wird vielleicht der 26. April zeigen, der Tschernobyl-Gedenktag, an dem es traditionell, wenn bisher auch eher verhaltene, Lukaschenko-kritische Demonstrationen und Kundgebungen gibt. Einige der in den letzten Tagen Festgenommenen werden deshalb noch länger weggesperrt bleiben, um die Ausweitung der Proteste und einen möglichen Zusammenschluss verschiedener oppositioneller Kräfte zu verhindern. Denn diese könnte an Popularität und Stärke gewinnen und möglicherweise auch in jene ländlichen und kleinstädtischen Regionen vordringen, die bisher von all den Vorgängen in der Hauptstadt wenig mitbekommen haben. Lukaschenko will eine freie, kritische Informationsverbreitung verhindern – denn Öffentlichkeit und eine selbstbewusste Gesellschaft sind Gefahren, die, einmal entfesselt, nicht mehr so leicht zu ignorieren oder zu unterdrücken sind.

nyima

* Im Zuge seiner Amtseinführung am 8.4. wurden viele Oppositionelle aus der Haft.

Grafiken von: www.zubr-belarus.com

Uruguay Da bewegt sich was...

Treffen autonomer Basisbewegungen aus Lateinamerika im Februar 2006

Was passiert eigentlich gerade in Lateinamerika? Das öffentliche Interesse ist größer geworden, in den Medien wird wahlweise von progressiven, kommunistischen oder auch diktatorischen Staatschefs berichtet und Begriffe wie Armut, Militarisierung oder Freihandelsabkommen tauchen immer wieder auf. Doch wie wird damit vor Ort umgegangen? Wo steht die Basis, welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten sehen sie und wie läuft die Vernetzung? Anlässlich des 4. lateinamerikanischen Treffens autonomer Basisbewegungen soll hier nun kurz über die Ergebnisse berichtet werden:

So facettenreich wie die Landschaft ist wohl auch die ökonomische, soziale und politische Situation der einzelnen Länder und Regionen. Allerdings gibt es, neben den von Armut begrenzten Lebensumständen, auch gemeinsam zu bewältigende Probleme, wie zum Beispiel die fortgeführten Privatisierungen von Grundgütern wie Wasser und andere so genannte „Strukturanpassungsprogramme“ (1). Aber auch die Schuldenbezahlung und Gespräche über das Freihandelsabkommen ALCA (2) sowie bilaterale Vereinbarungen stehen auf der politischen Tagesordnung in Lateinamerika. Linke Basiskräfte sehen sich zudem mit der stetig zunehmenden innerstaatlichen Militarisierung und einer Kriminalisierung sozialer Proteste konfrontiert. So genannte „progressive“ Regierungen haben ebenfalls keinen Paradigmenwechsel herbeigeführt, selbst wenn es dort vereinzelte soziale Kampagnen gibt, welche die Lebensumstände der armen Bevölkerung verbessern. Mit großen Versprechungen wird so auf die Unterstützung „des Volkes“ gebaut, während man sich doch gleichzeitig mit dem neoliberalen Modell arrangiert, wie zum Beispiel in Brasilien, Argentinien, Chile oder Bolivien. Eine zunehmende Institutionalisierung sozialer Bewegungen und die Bürokratisierung der Gewerkschaften wird hierbei zum Problem, da sich die Linke am fehlenden „klaren Feindbild“ zersplittert.

Mit diesen Problemen konfrontiert, tra-

fen sich 65 verschiedene autonome Basisgruppen aus Uruguay, Argentinien, Chile, Brasilien und Bolivien, um sich über die Situation und die Perspektiven des sozialen Kampfes auszutauschen. Die Gruppen aus dem vornehmlich libertären und kommunistischen Spektrum, die sich NGO- und parteiunabhängig organisieren, diskutierten über Selbstorganisation, Klassenkampf und den möglichen Aufbau von „poder popular“ („Volksmacht“). Sie entwickelten dabei sowohl abstraktere als auch konkrete Handlungsstrategien. Die wichtigsten Eckpunkte sind die Organisation der Unorganisierten, die Zusammenführung der zersplitterten „Linken“ an gemeinsamen Zielen und Projekten, der Aufbau von unabhängigen Partizipationsbereichen und die Unterstützung autonomer sozialer Bewegungen. Der „ideelle Kampf der sich erkennenden Klasse“, und die Stärkung sozialer Werte wie Solidarität sind weitere Anknüpfungspunkte, um den kapitalistischen Verhältnissen mit einer vereinten Gegenmacht der Basis entgegen zu treten. Als konkrete Mittel wurden hierbei die direkte Aktion, direkte Demokratie und solidarische, gerechte, hierarchielose Zusammenschlüsse festgehalten.

Neben dem regelmäßigen Austausch von Informationen und Besuchen beschlossen die Gruppen auch, gemeinsam gegen die Vereinbarungen zu dem Freihandelsabkommen mit Europa im Mai zu mobilisieren, da es sich um ein Problem mit großer Tragweite handelt.

Das nächste Treffen findet voraussichtlich Ende Februar 2007 in Chile statt und hat seinen Sinn vor allem in der Stärkung und Vernetzung der Beteiligten, denn man ist sich über die Komplexität des Aufbaus einer lateinamerikanischen, starken und bewussten Basisbewegung durchaus im Klaren.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Probleme der *compañeros* auf der anderen Seite des großen Teiches sind zwar räumlich weit entfernt, unterscheiden sich von den unserigen jedoch nur marginal. Voneinander

lernen, sich informieren, neue Denkansätze und Anknüpfungspunkte finden oder solidarische Aktionen starten, kann eine Waffe sein. Dort wie überall.

momo

Der Text ist eine Zusammenfassung aus den veröffentlichten Ergebnissen des 4. lateinamerikanischen Treffens autonomer Basisbewegungen. Da kaum davon berichtet wurde, weil es außerhalb des öffentlichen Interesses stand, könnt ihr unter feierabendle@web.de detailliertere Infos (auf spanisch) bekommen.

(1) IWF („Internationaler Währungsfond“) und Weltbank binden Kreditvergabe oder Schuldenausgleich weitgehend an die Durchführung liberaler Reformen, Privatisierungen und Handelsöffnungen; so genannte „Strukturanpassungsprogramme“. Die lateinamerikanischen Länder haben sich fast alle in den 70er Jahren durch Kredite bei IWF und Weltbank verschuldet, sind aber durch die hohen Zinsen theoretisch immer noch an die Verträge gebunden, obgleich sie z.T. inzwischen das 20-fache eingezahlt haben.

(2) ALCA, spanisch: Área de libre Comercio de las Américas (englisch: FTAA; Free Trade Area of the Americas), ist eine gesamtamerikanische Freihandelszone die alle 34 Staaten in Nord-, Süd- und Mittelamerika umfassen soll. Planungen dazu existieren seit 1991, die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen.



Öffnungszeiten:
Mo. + Do. 15.00 – 20.00
in der Gießstr. 16
www.umsonstladen-leipzig.tk

„Our Enemies in Blue“

Polizei und Macht in den USA

“What are Police for?“

Mit seinem Einstieg in das Buch über Polizeigewalt und Machtmissbrauch klärt Kristian Williams vom Start weg den Zweck der Untersuchung: aufzuzeigen, wie Polizei strukturell dazu eingesetzt wird, unterprivilegierte Bevölkerungsschichten zu kontrollieren, oder generell jene, die am wahrscheinlichsten Widerstand leisten und aus dem Rahmen fallen. Es wird gefragt: wem nützt polizeiliches Handeln, und wer leidet darunter? Wer wird geschützt und wer drangsaliert? Wessen Interessen werden gefördert und wer bezahlt das alles? Zunehmend wird Repression präventiv ausgeübt, d.h.

die Kontrolle durch den Staat wird stärker, damit mehr Aspekte unseres Lebens durchleuchtet sind, bevor wir überhaupt dran denken, auf die Barrikade zu gehen. Polizei, so Williams, ist dazu da, bestehende Ungleichheiten einer Gesellschaft zu erhalten, und zwar indem sie die Privilegien einer Gruppe gegen die Forderungen einer anderen verteidigt: „*This task has little to do with crime... and much to do with politics.*“ (Diese Aufgabe hat wenig mit Gewalt, sondern vielmehr mit Politik zu tun)

Was sich politisch aktive Menschen sowieso denken können und viele andere täglich am eigenen Leib spüren müssen, wird hier mit einer Unzahl von Dokumenten, wie Aussagen von Polizisten, Administratoren, und Statistiken von Polizeiarbeit (Arrestzahlen, Verletzungen, Anzeigen gegen Beamte etc.) belegt. Williams erläutert, da sein Ansatz sehr kritisch und daher von vielen Leuten aus politischer Sicht nicht akzeptabel sei, habe er nur Quellen verwendet, die entweder von der Polizei selbst oder von Stellen stammen, welche die Polizei zur Analyse ihrer Arbeit nutzt.

Obwohl die ganze Studie sich hauptsächlich auf die USA bezieht, gibt es doch zahlreiche Parallelen zur Situation in jedem an-

deren Land. Williams beginnt mit einem Kapitel über „Theorie und Praxis von Polizeibrutalität,“ wo unter anderem die Hintergründe des Übergriffs auf Rodney King 1991 erläutert werden, die zu den massiven *riots* (Aufständen) von Los Angeles führten. Weiter geht es hier darum, warum



Polizisten Gewalt einsetzen und oft glauben verstärkte Gewalt sei legitim. Außerdem erfahren wir von den Schwächen der Statistiken, die viele Leser wohl kennen: welchen Sinn z.B. hat es, eine Anzeige wegen blauer Flecke nach einer Demo zu machen? Welche Wege geht dann die Anzeige, welche Konsequenzen hat das für den Täter, und welche für Dich?

Anschließend beginnt der Autor, die Wurzeln von

Polizeiarbeit in den USA herzuleiten, die für ihn zum großen Teil bei den weißen milizähnlichen Sklavenpatrouillen des Südens liegen. Schon hier zeigt sich die Hauptaufgabe der Polizei: Kontrolliere die Bewegungsfreiheit einer potentiell gefährlichen Bevölkerungsgruppe und drangsaliere sie so, dass die Angst immer größer ist als der Wille zum Widerstand. In Kapitel drei wird die Entstehung von Polizeiabteilungen amerikanischer Städte im 19. Jahrhundert und deren Zusammenhang mit der politischen Landschaft erklärt. Sehr oft waren frühe städtische Polizeien nichts anderes als Prügeltruppen der jeweils stärksten Partei der Stadt. Hier wird auch erklärt, wie sich zu dieser Zeit die Rolle des Staates und sein Einfluss auf das Leben seiner Bürger veränderte. In weiteren Abschnitten geht Williams ausführlich auf die Verquickung von Ku Klux Klan und Machtorganen, sowie auf die strategische Repression der Arbeiterbewegung durch Machthaber und Polizei ein. Ab Kapitel sechs werden politische und polizeistrategische Dimensionen durchleuchtet, sowie die Frage: wird Polizei zum Selbstläufer? In wieweit kann eine politische Führung ihre Polizei kontrollieren? Williams arbeitet ein Abhängigkeitsverhältnis von

Machthabern und Polizei heraus. Zusätzlich benennt er aber auch die Gefahr, dass Polizei mit ihren Sicherheitsstrategien zunehmend auf die Politik Einfluss nimmt und irgendwann selbst zur politischen Kraft wird, die „agenda setting“ betreibt und politischen Eliten Bedingungen und Richtlinien diktieren könnte. Über Abhandlungen zu permanenter Repression mittels wachsender Zahl von Spezialeinheiten (*Red Squads* und andere – die Parallele zu diversen Truppen bei uns, die für alle möglichen politischen Aktiven, Prostitution, Fussball, Drogen etc. zuständig sind, drängt sich auf) gelangt der Autor zur Diskussion von Massenprotesten und deren Behandlung durch die Polizei. Gerade wegen ähnlicher Entwicklungen in puncto Militarisierung von Polizeieinheiten sind dies für Leser mit Demoerfahrung sehr erhellende Kapitel. Zum Ende des Buches wird ein Phänomen beleuchtet, das dystopische (negative) Zukunftsvisionen realistischer erscheinen lässt: Je mehr Kontrolle die Polizei über Bewegung, Gewohnheiten etc. der Bevölkerung haben will, um präventiv Widerstand zu bekämpfen (und ganz nebenher auch Kriminalität), desto mehr schwillt der Apparat an. Man braucht mehr Fußtruppen, mehr Analysten usw. Dies führt zum Einen zu Unwillen unter der Bevölkerung, die nicht an jeder Ecke einen Bullen stehen sehen will, zum Anderen überlastet es das System. Das war laut Williams einer der Gründe, warum im späten 20. Jahrhundert in vielen Städten erfolgreiche Versuche von „Neighborhood Policing“ gestartet wurden. Man entfernte sich von offen repressivem Auftreten und hielt statt dessen die Bevölkerung dazu an, sich gegenseitig zu überwachen und der Polizei Erkenntnisse zu berichten.* Diese Taktik ist jedoch gepaart mit offensiver Aktivität an Schulen, in Jugendclubs etc., die potentiellen „Unruhestiftern“ auf sehr persönliche Weise klarmachen kann „wir kennen dich und wissen wo du dich herumtreibst“. Parallel dazu sind die im Blick der Öffentlichkeit verbleibenden Bullen immer besser bewaffnet und gepanzert. Diese sind grundlegende Erkenntnisse des Buches, die, glaube ich, viele von uns mit eigenem Erlebten aufstocken könnten. Je mehr Autonomie Polizei hat, desto mehr

politischen Einfluss nimmt sie, desto mehr Kontrolle übt sie aus, desto mehr drängt sich polizeiliches Handeln in unser Alltagsleben (ich erinnere nur an Leinenpflicht für Hunde, Grillverbot in Parks, Stress für Skater, Sprayer, Plakatierende, Bettler etc., die in den letzten Jahren immer mehr zunehmen). Polizeistrategen haben die Bedeutung des sozialen Zusammenhalts von Nachbarschaften, Communities, etc. erkannt und versuchen, diese für sich auszunutzen, nachdem eben diese Zusammenhänge wegen ihrer Kohäsion sonst meist gegen Polizeiinteressen arbeiten.

Laut Aussage des Autors, ist sein Buch das einzige unter auch von vielen Linken geschriebenen, das die Frage „Brauchen wir Polizei eigentlich?“ mit „Nein“ beantwortet. Fast alle, die sich kritisch mit Polizeiarbeit und -brutalität auseinandersetzen, kommen zu dem Schluss, die Politik müsste die Polizei besser kontrollieren (sei es durch eine sozialistische, kommunistische etc. Regierung oder durch zivile Kontrollgremien wie „Civilian Review Boards“ oder Ombudsmänner), dann würde die schlimme Gewalt schon aufhören.

Williams hingegen meint, es werde Polizei als Büttel der Herrschenden geben, solange einer die Regierung stellt. Die Frage ist nun, kann eine freie Gesellschaft ohne solch eine Institution überleben, und wie geht sie dann

mit Kriminalität um? Der Autor setzt hier wieder genau bei der eben postulierten Stärke von „community“ an und sucht nach Beispielen, wo ein Staat keine Kontrolle über bestimmte Teile seiner Bevölkerung ausüben konnte. Er wird fündig bei der IRA und in den Ghettos der südafrikanischen Apartheid-Ära. In beiden Gelegenheiten haben die Bürger eigene Wege finden müssen, um sich vor Gewalt, Diebstahl, Drogenhandel etc. zu schützen, weil es selbst für schwer bewaffnete Polizei zu gefährlich war, wegen solcher „Lappalien“ in den sozialen Brennpunkten Streife zu fahren. In Nordirland hat die IRA Komitees gebildet, die „normale“ Kriminalität untersuchte, Schuldige ausfindig machte und bestrafte. In Südafrika bildeten sich Straßenkomitees, die Streife gingen, Schuld diskutierten und Täter auch bestrafen. Beide Systeme leben davon, dass Nachbarn sich kennen und unterstützen können. In beiden Fällen erwähnt Williams aber auch Probleme, hauptsächlich wegen des Systems von Schuld und Strafe durch Gewalt: wer gibt wem das Recht, jemandem wegen eines geklauten Radios das Knie zu zertrümmern? Wer entscheidet, ob X oder Y schuld ist?

Williams schlägt hier nicht wirklich viel Konkretes vor, aber das Problem wird sich jeder Gesellschaft im revolutionären Umbruch stellen: Wie wollen wir mit Nazis

umgehen, die ja nicht einfach „raus“ können. Was macht eine freie Gesellschaft mit Vergewaltigern, oder mit Leuten die wegen ihrer Drogensucht zur Gefahr für die Öffentlichkeit werden? Aus diesen Gründen denken sich wohl viele, die diesen „Beruf“ ergreifen: einen Cop braucht man ja immer, Polizei ist krisensicher. Was soll aber „nach der Revolution“ mit denen geschehen? Umerziehungslager? Abschieben? Volkspolizei? Das fände ich mal diskutierenswert. Zumindest, und das lehren Irland, Südafrika und auch das *Neighborhood Policing*, haben eng kooperierende soziale Gemeinschaften offenbar die Fähigkeit, auf einander aufzupassen, sich zu helfen, und sich selbst zu schützen. Wenn sogar die immer mächtigere Polizei sich davor fürchtet, muss das doch ein guter Ansatz sein.

HuSch

* Anfang April wurde in London ein Taxifahrer wegen Terrorverdacht drei Stunden von der Polizei verhört. Der Taxifahrer hatte die Polizei alarmiert, als der junge Mann laut zu „Londin calling...now war is declared and battle come down“ von Clash mitsang. (Anm. d. Redax)

Kristian Williams: *Our Enemies in Blue. Police and Power in America.* Soft Skull Press, Brooklyn, New York, 2004. Englisch, \$17.95 ohne Versand

Radikalisiere dein Leben

Mann, Mann, Mann, ich fass es nicht! Jetzt hab ichs echt gepackt mir das Laken ums Bein zu wickeln! Jetzt aber raus aus der Falle – kann ja eh nicht mehr weiter pennen. Oh je oh je, erst mal nen Schluck Wasser.

Olafs Ausbruch sitzt mir immer noch im Kopf. Mir schwirrt der Schädel und ich komm nicht zur Ruhe.

„Mensch Albrecht“, Papa hat er mich nur einmal genannt – damals als er erleichtert festgestellt hat, dass ich der Weihnachtsmann war, – „is das echt alles?! Ich weiß du hängst dich ungern zu weit ausm Fenster, aber so blind kannst du doch nicht sein!...Du immer mit deinem `Ich hab nicht viel zu sagen im Leben, was soll ich den Leuten groß erzählen?`-Quatsch. Entweder du machst dir deine Gedanken, oder nicht! Wenn du so nen Mist, wie `wer solls denn zahlen, wenn nicht

Albrecht Palutke: #5 (vorletzte Folge) *

Albrecht Palutke, pensionierter Bimmelfahrer, wohnt mit Lebensgefährtin Rita in Leipzig/Stötteritz. Oft treiben ihn düstere Gedanken früh um 5 aus den warmen Federn, weg von seiner Rita. Ob respektlose Kontrolleure & überbeuerte Fahrpreise (Fa! #12), größenwahnsinnige Stadtpolitik in Form der Leipziger Olympiabewerbung, gegen die auch Stiefsohn Olaf aktiv ist (FA! #13), durch Hartz IV bedingter Wohnungswechsel (FA! #14) oder die irritierende Erfahrung der Leipziger Montagsdemos (FA! #15)... (Redax)

die, dies nutzen. `von dir gibst, machst du sie dir auf alle Fälle nicht!“

Das war natürlich ganz schön starker Tobak für mich. So hat der Junge noch nie mit mir geredet und mit einem ‚Komm mir bloß nicht so...` konnte man das auch nicht abbügel.

Aber von vorne: das Ganze fing an, als der Junge tagelang nicht bei uns vorbei kam. Wenn ich nach ihm gefragt hab, hat Rita bloß mit den Schultern gezuckt. Doch



irgendwann meinte sie mit ernster Miene, ich solle am besten selbst mal hingehen. Nun ist es nicht so, dass ich nicht gern mal in dieser Wohngemeinschaft in Connewitz vorbeischaue, solange ichs noch schaffe die Gerümpelberge im alternativ bewohnten Haus zu übersteigen, ist das alles kein Problem. Aber nach diesem ganzen komischen Gehabe war natürlich klar, dass diesmal richtig was im Busche war und dass es auf irgend eine ziemlich unangenehme Art was mit mir zu tun haben musste.

Als ich mich dann schließlich am nächsten Tag dorthin aufgerafft hatte, war er zunächst nicht da. Ist ja klar; diese jungen Leute sind ja alle ständig unterwegs. Ohne Termin läuft da nix mehr. Aber ich hab ja Zeit und so hab ich mich erst mal in dem chaotischen Zeitungshaufen auf dem WG-Lesetisch umgesehen. Nachdem ich mich ungefähr 2 Stunden durch eine Menge Stoff mit den abstrusesten Weltverbesserungs-Theorien gearbeitet hatte und mich gerade in ein kleines schülerzeitungsartiges Heft vertiefen wollte, wo es laut Inhaltsangabe in einem Artikel irgendwie um das morgendliche Stötteritz gehen sollte, kam Olaf plötzlich mit einer Kiste voll, nicht mehr ganz taufrischem Gemüse rein, was er sicher wieder irgendwo kostengünstig aufgetan hat. Sein trotziger Blick fiel auf das Heft in meiner Hand und für einen Moment, schien er komischerweise seine Selbstsicherheit zu verlieren. Dann fasste er sich schnell wieder, nahm es mir aus der Hand und murmelte etwas von: „... interessiert Dich doch eh nicht so was...“. „Was soll mich nicht interessieren“, meinte ich, nun langsam schon etwas aufbrausend, „denkst du ich merke nicht, dass irgendwas mit dir nicht stimmt? Was hab ich dir denn getan?“, fragte ich, nun schon fast etwas hilflos.

„Nun“, meinte er, „weißt Du, es ist vielleicht nicht ganz gerecht, jetzt einfach auf dich wütend zu sein, aber wenn man merkt, dass man auf einmal unter gewisse negative Klassifizierungen einer Person fällt, die und deren Meinung einem eigentlich immer viel bedeutet haben, dann ist das erst mal ziemlich hart. Ums kurz zu machen, Albrecht: ich fahre seit längerer Zeit schwarz mit der Tram und letzte Woche bin ich erwisch-

worden. Ich habe wie immer versucht abzuhaun, aber die schicken mittlerweile richtig gut ausgebildete Teams los, denen du auch wirklich nicht mehr auf den ersten Blick ansiehst, dass sie Kontrolleure sind. Du kannst mir jetzt sagen, ‚Junge, hätteste doch was gesagt, wenn de keen Geld hast.‘, aber darum gehts nicht – nicht nur. Schwarzfahren hat nicht nur was mit ‚kein Geld haben‘ zu tun., Außerdem habt ihrs ja auch nicht so dicke. Ich finde die sollen spüren, dass sie sich mittlerweile wirklich zu viel rausnehmen. Wenn Du Dir ankuckst, was man jetzt mittlerweile für den Nahverkehr be-rappen muss – das geht echt an die Substanz. Und das ist genau der Punkt, wo ich schon ziemlich auf Dich sauer bin, Albrecht. Du gibst Kommentare von Dir, dass die Kontrolleure doch bitte freundlicher sein sollen, dass Du ja verstehst, wenn ‚Unbelehrbare‘ verfolgt werden müssen, aber man solle doch nett zu den Fahrgästen sein und verschanzt Dich in Deiner schönen heilen Straßenbahn-fahrer-Romantik Was glaubst Du denn was heutzutage los ist?! Das ist nicht bloß eine ‚Jagd auf Unbelehrbare‘. Die Leute haben kein Geld mehr, um die eh schon überhöhten Nahverkehrspreise zu bezahlen und was macht die LVB? Die schicken mittlerweile richtige Wegelagererbanden los. Denkst Du, da machen wir uns noch Gedanken wegen ein paar unter Tarif bezahlter Kontrolleure?!“

Ich will nicht sagen, dass ich besonders baff war. Eigentlich hab ich so was schon länger ge-ahnt,

zumal ich ja weiß was der Junge und seine Freunde manchmal so für Sachen treiben. Aber das dann direkt ins Gesicht gesagt zu bekommen, ist natürlich schon erst mal nicht einfach. Ich hab mich dann schon ziemlich für die Firma geschämt, aber vor allem auch für mich selbst. Für diese blöde Gefühlsdudelei, mit der ich oft den alten Zeiten hinterher

hänge. Ja ja, die Tramfahrer-Romantik... Dieses ‚früh raus, rein in die Uniform, die Tasche mit der Thermoskanne untern Arm und ab hinters Schaltpult, ist halt doch nicht alles, was da mit dem Job zusammenhängt. Am besten wär es halt wirklich, wenn die Leute gar nichts für den Nahverkehr bezahlen müssten.

.. Aber das geht halt nun wirklich nicht ... in diesem System.

Ich war gerade am Gehen, da hatte ich das Gefühl noch was vergessen zu haben, ich drehte mich noch mal zu diesem Heft auf dem Zeitungstisch um. Nette Farbe dieses lila und die Arbeiter mit den alkoholischen Getränken auf der Titelseite machten auch einen sympathischen Eindruck, aber FEIER-ABEND! – was ist den das für ein Name?! ... libertäres 1 1/2 monatsheft.. Kurzent-schlossen packte ich das Heft ein. Die schien ja eh stapelweise davon zu haben hier – in den Ecken türmten sich neben den riesigen Staubflocken, die für diese linken Wohngemeinschaften zur Pflichtausstattung zu gehören scheinen, mindestens weitere 50 Exemplare – und so hab ich wenigstens nen Grund mal wieder hier aufzutauchen.

Nachdem wir dann noch den Rest des Abends mit dem Rest der Wohnenmeinschaft über all diese tollen linken Visionen vom Zeitungstisch diskutiert haben, brummete mir zwar ganz schön der Schädel, aber mit Olaf war alles soweit wieder im Lot.

Tja Rita. Jetzt biste auch wieder wach geworden... Na ja, ihr habt schon recht. Das Leben ist halt kein Bulgarienurlaub – und der Kapitalismus erst recht nicht. Aber was sind denn das schon wieder für Gedanken..? Auf der anderen Seite.. Radikalisier ich mein Leben oder es mich?!

Na ja, mach was de willst – ich geh jetzt wieder ins Bett... Dieses Feierabend-Heft kann ich mir auch morgen noch ankucken.

lydia

(bisherige Folgen auf: www.paluttke.de.vu)

**Namen, Ereignisse und Sachverhalte entsprechen nicht der Realität und sind als reine Fiktion zu verstehen. (die Redax)*

Macht und Freiheit, zwei zentrale Kategorien der politischen Theorie und Praxis, stehen in einem sehr merkwürdigen Verhältnis zueinander. Auf den ersten Blick scheint es, als seien sie diametral entgegengesetzt: Wer für seine Freiheit einsteht, will die Macht, die jemand gegenüber ihr/ihm inne hat und ausübt, beschneiden; verstümmeln; zerstören. Kämpft er nicht nur für seine eigene, sondern für eine allgemeine, alle sozialen Zusammenhänge erfassende Freiheit, ist ihm nicht die Macht einzelner Menschen oder Gruppen, sondern der Begriff „Macht“, und damit jedwedes Phänomen, welches derart bezeichnet, beschrieben, kategorisiert werden kann, zuwider, ist ein Dorn im Auge, quält, foltert.

Ein kurzer Schritt: Freiheit als Negativ der Macht – und zu buchstabieren bleibt lediglich dieses Wörtchen: M_A_C_H_T. Nur wenn es diesen zu kritisieren gelingt, scheint ein ideologischer Gegenbegriff möglich, sein Gegenteil, die Freiheit. [...]



Macht ist Zustandsbeschreibung.

...ist keine Idee, kein Begriff ohne Anschauung (Kant, der Freiheit größter Apologet); ...ist kein Gegenstand einer Utopie; ist kein zu erreichendes Ziel. „Macht“ ist eine bezeichnete politisch-historische Erfahrung. Und unterscheidet sich gerade darin von „Freiheit“, die zu einem doppelten Gegenteil wird: Nicht allein die Negation von „Macht“, sondern auch ein vollkommen anderer Gegenstandsbegriff: Ohne Geschichte, ohne Subjekt, ohne Anschauung [...]

Macht ist gebunden an Positionen. Position bedeutet Verortung. An diesem Ort befindet sich eine Person. Der Ort ist nicht an sie gebunden: das ist die institutionalisierte Form der Macht; kanalisiert, reglementiert, eingemauert (mit Schießscharte). So zeigt sich eine idealisierte Form des Machtverständnisses: die des Verfassungsstaates. Sie ist die Fiktion der Normierung. ...ist eine Lüge.

Der Einfluss der heutigen Zeit ist immer der Einfluss der gestrigen. Macht ist nicht progressiv, wie es der italienische Faschismus vorleben wollte; Macht ist konservativ. Es herrscht die Angst, zu verlieren, was man hat. Es herrscht das Verlangen nach dem mehr des Jetzt und Früher. Wo sich Macht manifestiert, möchte sie gehalten werden; wo sie sich verflüchtigt, möge sie wiedererscheinen.

Wo sie nie gewesen ist, da wirkt sie nur, indirekt und hemmungslos; hier ist Erfahrung verhasst, denn diese war geprägt von den Eskapaden. Hier ist die Gegenwart verhasst, denn sie ist die passive Erfahrung, ein weiteres Puzzleteil zum Bild des ewig Gleichen.

Die Macht der Konservierung wird durchbrochen von der Idee der Freiheit. Geboren an den Orten ihrer Abwesenheit wird sie zum blinden Heilsbringer einer besseren Zukunft und zum Motor der Windmühlen, gegen die man kämpft. Etabliert sich diese Zukunft als ständige Utopie und als theoretische Festung, ist sie die Geburtsstunde des neuen Konservatismus. Das Abstreifen der alten Macht gebärt eine neue. Freiheit absolut beherbergt die Gefahr einer neuen Unterdrückung. Und deshalb ist der Kampf, das Entkommen immer manifestativ, immer gegen die Orte der Macht gerichtet, um sie in ihr Gegenteil zu verkehren und sie dann zu verlassen. Das Leben, das Denken.

Macht ist physisch.

Als Handlanger unterstützen sie Gewalt und Belohnung, freundlich grüßen Überlebensstrategien: Furcht und Verlangen. Ein Spiel der Körper: Angstschweiß und Geilheit. Wer übt diese Macht aus, woher kommt sie? Es ist nur spürbar: Durch Einsatz dieser Mittel bekommt sie Realität. [...]

Macht ist Einfluss.

...auf das Leben, das Denken. Sozial wie individuell. Macht ist unabhängig von Personen. Macht ist ein Gespenst. Macht ist der Preis, den wir für unser Zusammenleben zahlen. Egal, wie wir es organisieren. Wir können versuchen, Macht von Positionen fernzuhalten, von den dortigen Personen, indem wir sie über unzählige Orte verteilen. Aber nicht jeder Ort ist fassbar und katalogisierbar, nicht kontrollierbar. Macht bleibt. In Personen manifestiert sie sich als physische. Doch Manifestation ist nur die Erscheinung. Das abstrakte Phänomen und der immer anwesende Einfluss bleibt. Wir müssen den Preis immer bezahlen, denn wir werden immer zusammenleben.

Schwerpunkt der #23: Innere Sicherheit.

Im Rahmen der Fußball-WM werden wir mit vermehrten Beschränkungen im öffentlichen Raum konfrontiert sein. Heißt Fußball Kriegszustand, der militärische Aktionen im Landesinnern rechtfertigt?

Die Sicherheit des Einzelnen ist eines der größten Versprechen des modernen Staates ... Ist Sicherheit denkbar ohne Schutzwälle, ohne Lager vor den Toren Europas, ohne Passkontrolle und Ausweispflicht. Woher kommt die Unsicherheit?

Bruce

Das Recht und
 Das Recht auf Freiheit und
 Das Recht auf Nahrung und
 Das Recht auf Leben und
 Das Recht auf Sterben und
 Das Recht Rechte zu verweigern
 Konsequenz
 Konsequenzen zeihen
 Wer ist dafür zuständig
 Wer für diesen Zustand

(Jurek)



Liebe Libra

Kommst zu mir wie ich zu ihnen
 Wie die letzte Fee, wie die Sonne zum Schnee
 Hält mich doch, ich glaub ich hoff
 Zu fliegen zu den Stränden
 Zu schwimmen zu den Branden
 Im Feuer zu stehen, gestärkt zu verwehen
 Alles in allem verstehen
 In dir das große Beben endlich ganz erleben
 (clara)

Angebotskontrolle
 Kontrollangebot
 Alle unter Kontrolle
 funktionale Konsumenten
 Konstruktiv Konterrevolutionär
 Alles außer Kontrolle
 Aber einiges an Contra
 Das gilt nicht nur diese Woche
 Angebot

(Jurek)

MATT IN ZWEI ZÜGEN. WEISS WIRD SIEGEN, SCHWARZ WIRD LIEGEN.



Lösung FA#21:

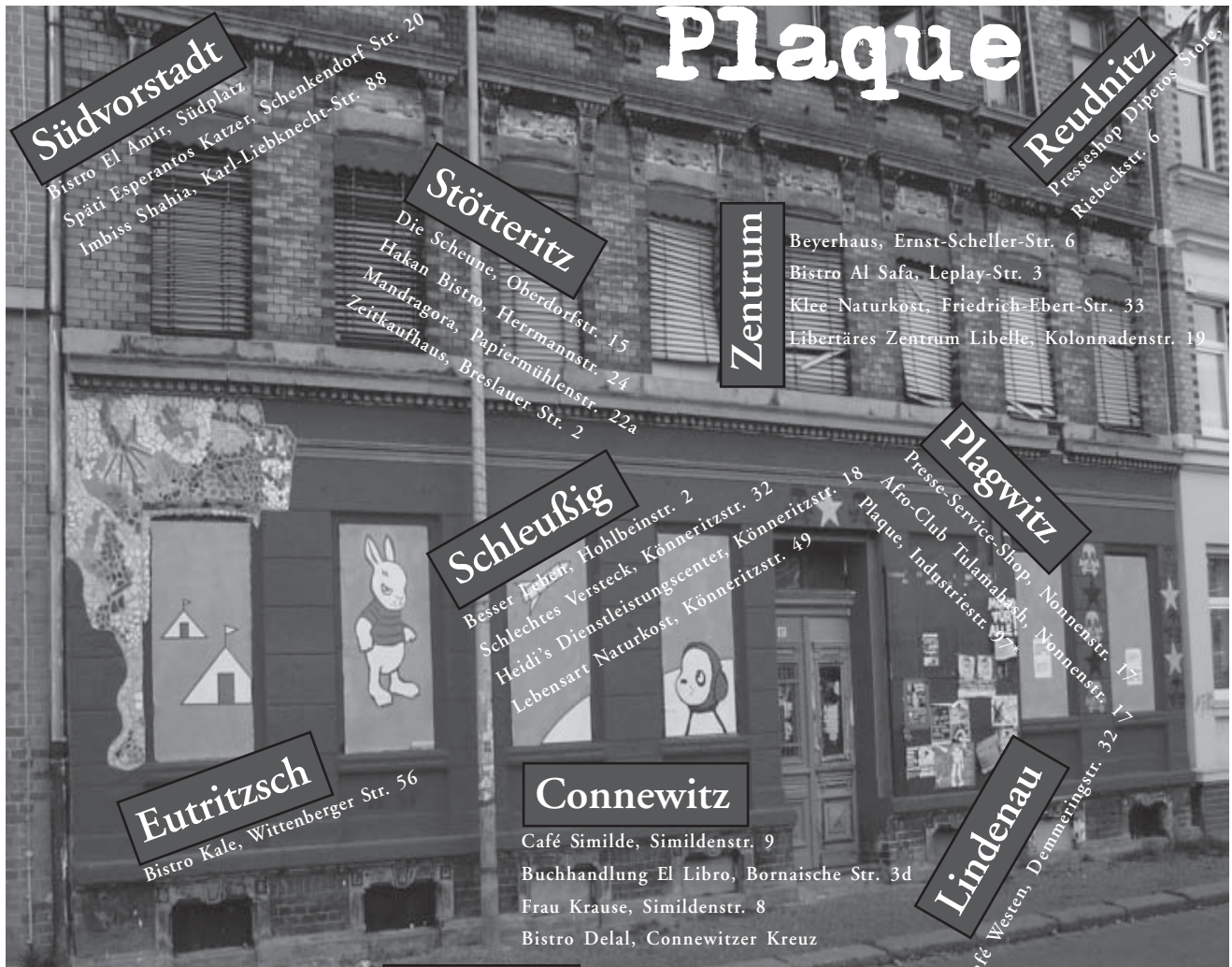
In der letzten Ausgabe hatten wir ein Lehrstück der 3-Züger, das fast so fluffig wie Brot backen war, manche Redaxmitglieder trotzdem fast verzweifeln ließ.

Und so gehts: mit Tg8-f8 wird Schwarz gezwungen, die einzig angreifbare Linie freizumachen (Th7-g7). Dann Tf8-h8+, jetzt nur noch Tg7-h7 und schon Th8xTh7++.

Feierabend!

Verkaufsstelle des Monats:

Plaque



Südvorstadt

Bistro El Amir, Südplatz
Späti Esperantos Katzer, Schenkendorf-Str. 20
Imbiss Shahia, Karl-Liebknecht-Str. 88

Stötteritz

Die Scheune, Oberdorfstr. 15
Hakan Bistro, Herrmannstr. 24
Mandradora, Papiermühlenstr. 22a
Zeitkaufhaus, Breslauer Str. 2

Zentrum

Beyerhaus, Ernst-Scheller-Str. 6
Bistro Al Safa, Leplay-Str. 3
Klee Naturkost, Friedrich-Ebert-Str. 33
Libertäres Zentrum Libelle, Kolonnadenstr. 19

Reudnitz

Presseshop Dipetos Store,
Riebeckstr. 6

Schleußig

Besser Tebier, Hohlbeinstr. 2
Schlechtes Versteck, Könnerritzstr. 32
Heidi's Dienstleistungcenter, Könnerritzstr. 18
Lebensart Naturkost, Könnerritzstr. 49

Plagwitz

Presse-Service-Shop, Nonnenstr. 17
Afro-Club Tulamabah, Nonnenstr. 17
Plaque, Industriestr. 97

Eutritzsch

Bistro Kale, Wittenberger Str. 56

Connewitz

Café Similde, Simildenstr. 9
Buchhandlung El Libro, Bornaische Str. 3d
Frau Krause, Simildenstr. 8
Bistro Delal, Connewitzer Kreuz

Lindenau

Café Westen, Demmeringstr. 32

Leseexemplare

Libelle, Kolonnadenstr. 19, Zentrum
Zest, Bornaische Str. 54, Connewitz
Bibo d. Freien, Greifswalder Str. 4, B
Liwi, Stockartstr. 11, Connewitz
Gieszer 16, Plagwitz

außerhalb

König Kurt R.-Leonhardt-Str. 39, 01097 DD
Libertäres Zentrum Fettstr. 23, 20357 HH
Schwarze Risse Kastanienallee 85, 10345 B

*PS: Aufgrund des schlechten Bauzustandes wird das Plaque Ende April umziehen und ab Mai zwei Häuser weiter, in der Industriestr. 101, wiedereröffnet!

Feierabend!

gibt's auch im ABOnnement.

3 Ausgaben für 5 Euro

Auch ältere Ausgaben sind teilweise noch erhältlich

Kontakt (Achtung neues Postfach):

Feierabend! • Gießerstr. 16 • 04229 Leipzig
feierabendle@web.de • www.feierabend.net.tc

Einsendeschluß für #22: 31. Mai 2006

